

# **Sitzungsunterlagen**

Öffentliche Sicherheit AÖS - 6/2023-2027

10.12.2024, 16:00

**Stadt Bremerhaven**



**Tagesordnung für die 6. öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit in der Wahlperiode 2023/2027 am 10.12.2024**

**Öffentlicher Teil**

TOP	Bezeichnung	Vorlage-Nr.
1	Einwohnerfragestunde	
2	<b>Bereich Polizei und Feuerwehr</b>	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der 5. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit in der Wahlperiode 2023/2027 vom 17.09.2024	I/XI 8/2024
2.2	Sachstandsbericht gem. § 49 Abs. 2 GOSTVV	I/XI 9/2024
3	<b>Bereich Polizei</b>	
3.1	Anfragen	
3.2	Anträge	
3.3	Mündlicher Bericht durch Herrn Siebert zur Umsetzung des internen Modernisierungsprozesses der Kriminalpolizei	
3.4	Stellenhebungen im Bereich Polizei	I 12/2024
3.5	Änderung der Gebühren für Maßnahmen im Straßenverkehr	I 11/2024
3.6	Verschiedenes Polizei	
4	<b>Bereich Katastrophenschutz</b>	
4.1	Anfragen	
4.2	Anträge	
4.3	Sachstandsbericht Handlungsfelder und Perspektiven im Katastrophenschutz	KatS - I 10/2024
4.4	Verschiedenes Katastrophenschutz	

5	<b>Bereich Feuerwehr</b>	
5.1	Anfragen	
5.2	Anträge	
5.3	PEN-Team Prävention und Einsatznachsorge bei der Feuerwehr Bremerhaven	XI 19/2024
5.4	Ersatzbeschaffung einer Drohne für die Freiwillige Feuerwehr Wulsdorf (Fachzug Drohnenstaffel)	XI 20/2024
5.5	Sachstandsbericht zur Feuer- und Rettungswache Überseehafen	XI 21/2024
5.6	Sachstandsbericht – Themen mit Bezug zur Integrierten Regionalleitstelle Unterwese-Elbe (IRLS)	XI 22/2024
5.7	Sicherstellung dringend notwendiger Raumbedarfe der Integrierten Regionalleitstelle Unterweser-Elbe (IRLS)	XI 24/2024
5.8	Verschiedenes Feuerwehr	

<b>Vorlage Nr. I/XI 8/2024</b>		
für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	<b>ja</b>	Anzahl Anlagen: 3

**Genehmigung der Niederschrift der 5. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit in der Wahlperiode 2023/2027 vom 17.09.2024**

Die Niederschrift der 5. Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit in der Wahlperiode 2023/2027 vom 17.09.2024 ist zu genehmigen.

**G Beschlussvorschlag**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit genehmigt die Niederschrift in der vorgelegten Fassung.

Grantz  
Oberbürgermeister

Anlage: Niederschrift  
Anlage: Vortrag MA-Befragung  
Anlage: Vortrag Einbruchdiebstahl



# N i e d e r s c h r i f t

über die 5. öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit in der Wahlperiode 2023/2027 am 17.09.2024

---

Sitzungsraum: Stadthaus 1, Raum 237, großer Sitzungssaal  
Beginn: 16:00 Uhr  
Ende: 17:34 Uhr

## Teilnehmer/innen:

### **Ausschussvorsitzende**

Herr Oberbürgermeister Grantz

Herr Stadtrat Skusa

### **SPD-Fraktion**

Frau Stadtverordnete Batz

Herr Stadtverordneter Dr. Hammann

In Vertretung für Herrn Ofcarek

Herr Stadtverordneter Hoffmann

Frau Stadtverordnete Kirschstein-Klingner

Herr Stadtverordneter Ofcarek

Entschuldigt

### **CDU-Fraktion**

Frau Stadtverordnete Hilck

In Vertretung für Frau Steinbach

Frau Stadtverordnete Köhler-Treschok

Frau Stadtverordnete Milch

Frau Stadtverordnete Steinbach

Entschuldigt

### **Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P**

Herr Stadtverordneter Baumann-Duderstaedt

### **BD-Fraktion**

Herr Stadtverordneter Timke, MdBB

### **AfD-Fraktion**

Herr Stadtverordneter Jürgewitz

### **Fraktion DIE LINKE**

Herr Stadtverordneter Secci

### **FDP-Fraktion**

Herr Stadtverordneter Freemann

### **WfB-Fraktion**

Frau Stadtverordnete Baltrusch

### **Einzelstadtverordneter Class Schott**

Herr Stadtverordneter Schott

Entschuldigt

## **Weitere Teilnehmer:**

Direktor Ortspolizeibehörde:

Herr Ortgies

Bürger- und Ordnungsamt:

Herr Herbrig

Feuerwehr:

Herr Cordes

Herr Oberbürgermeister Grantz eröffnet die Sitzung um 16:00 Uhr. Er stellt fest, dass die Sitzungsunterlagen fristgerecht zugegangen sind und der Ausschuss für öffentliche Sicherheit beschlussfähig ist. Es gibt keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

Herr Grantz richtet an den Ausschuss für öffentliche Sicherheit eine durch die Antikorruptionsbeauftragte überreichte Mitteilung, dass im Jahr 2023 für den Bereich Ausschuss für öffentliche Sicherheit keine Korruptionsfälle vorlagen und die Antikorruptionsbeauftragte daher darum bittet, von einer schriftlichen Berichterstattung abzusehen. Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit stimmt dem zu.

**1. Einwohnerfragestunde**

Keine.

**2. Bereich Polizei und Feuerwehr**

**2.1. Genehmigung der Niederschrift der 4. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit in der Wahlperiode 2023/2027 vom 14.06.2024** **I/XI 5/2024**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit genehmigt einstimmig die Niederschrift in der vorgelegten Fassung.

**2.2. Sachstandsbericht gem. § 49 Abs. 2 GStV** **I/XI 6/2024**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.

**2.3. Terminplanung für die Sitzungen des Ausschusses für öffentliche Sicherheit im Jahr 2025** **I/XI 7/2024**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

**3. Bereich Polizei**

**3.1. Anfragen**

Keine.

**3.2. Anträge**

Keine.

**3.3. Mündlicher Vortrag - Vorstellung der Ergebnisse aus der Mitarbeitendenbefragung bei der Ortspolizeibehörde Bremerhaven durch Herrn Volker Ortgies**

Herr Ortgies berichtet anhand einer Präsentation über die Ergebnisse aus der Mitarbeitendenbefragung 2024 und informiert darüber, dass der Abschlussbericht, der über 100 Seiten umfassen wird, noch nicht fertiggestellt ist. Sobald dieser zur Verfügung steht, wird er innerhalb der Ortspolizeibehörde veröffentlicht und den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt. Herr Ortgies geht in seinem Bericht zunächst auf das Befragungsinstrument, dann auf den Ablauf der Befragung und zuletzt auf die wesentlichen Kernergebnisse ein. Anschließend stellt Herr Ortgies das weitere Vorgehen dar.

Herr Freemann bedankt sich bei Herrn Ortgies für den Vortrag und hält die Mitarbeitendenbefragung für ein gutes Instrument, um Stimmungsbilder innerhalb der eigenen Belegschaft einzufangen. Aktuell zeigt sich Unzufriedenheit in allen drei Ämtern der OPB. Hierzu geht er auf den vorhandenen Personalmangel ein, der u. a. darauf zurückzuführen ist, dass die finanziellen Mittel für die zugesagte Zielzahl nicht zur Verfügung gestellt wird. Diese Mitarbeitendenbefragung sollte jetzt zum Anlass genommen werden, um nochmals in Richtung Bremen Druck aufzubauen. Diese Ergebnisse zeigen deutlich die Unzufriedenheit und zugleich auch die Gefährdung aller Mitarbeitenden.

Herr Jürgewitz erkundigt sich zu den Personalabgängen in Form von Kündigung durch die Mitarbeitenden und ob bekannt ist, was die Gründe dafür sind. Herr Ortgies berichtet u. a. von Kündigungen aufgrund von beruflichen Veränderungen. Im Nichtvollzug war z. B. der Hauptgrund für eine Kündigung die bessere Bezahlung durch den neuen Arbeitgeber.

Herr Timke bezieht sich auf die Unzufriedenheit aufgrund mangelnder Ausstattung und möchte wissen, ob hier kurzfristig nachgesteuert werden kann. Herr Ortgies geht hier auf die unterschiedlichen Bedarfe im Ermittlungsdienst und im Einsatzdienst ein. Hierzu muss im Rahmen der Aufarbeitung der Ergebnisse eruiert werden, wo die Bedarfe genau liegen und ggf. entsprechend nachgesteuert werden.

Herr Grantz wünscht hierzu in einer der nächsten Sitzung eine Vorlage mit einem Bericht über die durchgeführten Maßnahmen.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Vortrag zur Kenntnis.

#### **3.4. Mündlicher Bericht zur Situation Einbruchdiebstahl**

Herr Siebert erläutert den Sachverhalt anhand des zusammengefassten Vortrags zum Thema „Einbruchdiebstahl“, den Herr Ortgies in der letzten Sitzung gehalten hat, um den eingeladenen Gästen Frau Wulff und Herrn Constien einen Überblick über das aktuelle Diskussionsthema „abgelehnte Haftbefehle durch die Staatsanwaltschaft“ zu geben. Herr Siebert geht hierbei auf die Entwicklung der abgelehnten Haftbefehle durch die Staatsanwaltschaft wegen des Vorliegens unzureichender Haftgründe ein, welche in der letzten Sitzung für Diskussionen gesorgt hat und der Wunsch aufkam, sowohl Frau Wulff als Präsidentin des Amtsgerichts Bremerhaven, als auch Herrn Oliver Constien als Oberstaatsanwalt der Staatsanwaltschaft Bremen einzuladen, um hierzu offene Fragen zu beantworten bzw. darüber zu diskutieren.

Frau Milch bittet die beiden Gäste um eine Darstellung eben erwähnter Fälle aus ihrer Sicht.

Aus Sicht von Herrn Timke treffen wir mit dieser Situation das Rechtsempfinden der Bürger:innen und demotivieren die Polizei in ihrer Polizeiarbeit. Ebenso wird sich das auch auf die vor kurzem durchgeführte Mitarbeiterbefragung auswirken. Herr Timke richtet seine Frage an Herrn Constien, warum Täter, bei denen eine Wiederholungsgefahr besteht, nicht länger in Haft genommen werden können. Zudem möchte er wissen, wie häufig die Staatsanwaltschaft Bremerhaven im letzten Jahr beschleunigte Verfahren durchgeführt hat.

Herr Freemann geht auf die enorme Zunahme bei Kellereinbruchdelikten und Parzelleneinbruchdelikten ein und bezieht sich hierbei auf die Aussage von Herrn Ortgies, dass die Staatsanwaltschaft häufig Haftbefehle wegen unzureichender Haftgründe ablehne, obwohl die Polizei das anregt und möchte wissen, wie die Staatsanwaltschaft das bewertet.

Herr Jürgewitz möchte wissen, warum Mehrfach- und Serientäter nicht zeitnah aus dem Verkehr gezogen werden können, denn für jede Straftat gibt es ein bestimmtes Strafmaß. Zudem fragt er, warum diese Täter zu einer so kurzen Haft verurteilt werden.

Herr Constien bedankt sich für die Einladung und für das nun erlangte Bild davon, was das Hauptanliegen dieses Ausschusses ist. Er geht auf die einzelnen Fragen ein.

In Bezug auf die Aussage, dass die Staatsanwaltschaft angeblich Haftbefehle nicht beantragt, obwohl die Polizei das anregt, bejaht Herr Constien dies mit der Begründung, dass für eine Beantragung bestimmte gesetzliche Voraussetzungen vorliegen müssen. Eine Aufklärung im polizeistatistischen Sinne (PKS) bedeutet lediglich, dass aus Sicht der Polizei ein strafprozessualer

Anfangsverdacht besteht, für die Beantragung der Untersuchungshaft jedoch ein dringender Tatverdacht vorliegen muss. Er lobt das gute Gespür der Polizei, jedoch liegen oftmals nicht genügend Erkenntnisse vor. Diese nach verfassungsgerichtlicher Rechtsprechung aufgestellten Voraussetzungen sind durch die Staatsanwaltschaft sehr sorgsam zu prüfen und die von der Polizei angeregte Untersuchungshaft daher ggf. abzulehnen. Was die Anzahl der beantragten beschleunigten Verfahren angeht, wurde seitens der Staatsanwaltschaft im letzten Jahr kein beschleunigtes Verfahren im Bereich der dargestellten Delikte beantragt, da die hierfür erforderlichen Voraussetzungen nicht vorlagen.

Frau Wulff schließt sich zunächst den Aussagen von Herrn Constien an, stellt jedoch dar, dass ihr aufgrund der Form der anonymisierten Darstellung keine Aussagen zu den vorgetragenen Fragen möglich seien, da jeweils der Einzelfall zu bewerten ist.

Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft wird hier von allen Seiten in den Vordergrund gestellt. Der Oberbürgermeister bedankt sich bei den Gästen Stephanie Wulff und Oliver Constien für ihr Erscheinen.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Bericht zur Situation Einbruchsdiebstahl zur Kenntnis.

**3.5. Verlängerung der Sperrbezirksverordnung Straßenprostitution** **I 7/2024**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit beschließt die als Entwurf beigefügte Verordnung über das Verbot der Prostitution.

**3.6. Tätigkeitsbericht des Außendienstes (Ordnungsdienst) des Bürger- und Ordnungsamtes** **I 8/2024**

Herr Timke stellt die Frage an Herrn Herbrig, ob neben der geplanten personellen Aufstockung auch geplant ist, dass der Ordnungsdienst Nachtschichten durchführt.

Herr Herbrig berichtet, dass an einem Konzept gearbeitet wird, welches die Durchführung von Einsatzzeiten im Nachtdienst durch den Ordnungsdienst vorsieht.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den anliegenden Tätigkeitsbericht des Außendienstes des Bürger- und Ordnungsamtes zur Kenntnis und begrüßt die vorgesehene Öffentlichkeitsarbeit, um das Aufgabenspektrum des Außendienstes für die Bürgerinnen und Bürger transparenter darzustellen.

**3.7. Änderung der Sondernutzungsgebührenordnung für Maßnahmen nach dem Bremischen Landesstraßengesetz** **I 9/2024**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit beschließt die Änderung der im Entwurf beigefügten Sondernutzungsgebührenordnung und bittet den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung um gleichlautende Beschlüsse.

**3.8. Verschiedenes Polizei**

Keine Wortmeldungen.

**4. Bereich Katastrophenschutz**

**4.1. Anfragen**

Keine.

#### 4.2. Anträge

Keine.

#### 4.3. **Gemeinsames Projekt Santos (Brasilien) – Bremerhaven zur Entwicklung einer Resilienzstrategie zur Stärkung der Widerstands- und Anpassungsfähigkeit bei Katastrophen** KatS - I 6/2024

Herr Jürgewitz stellt die Frage, ob es tatsächlich sinnvoll ist, dass sich Bremerhaven mit einer Stadt in Brasilien vergleichen/identifizieren will. Es gibt doch sicherlich Orte, die dichter dran sind.

Herr Cordes erläutert, dass die Stadt Santos ähnlich geprägt ist wie Bremerhaven. Die Hälfte des Transport- und Güterverkehrs (Container- und Stückgutumschlag) Südamerikas wird über deren Hafen abgewickelt. Durch Eruiierung vor Ort konnte festgestellt werden, dass die Besonderheiten, die in Bremerhaven durch das stadtbremische Überseehafengebiet vorhanden sind mit denen in Santos vergleichbar sind. Weiterhin wurde festgestellt, dass man sehr viel aus dem Projekt auch für Bremerhaven mitnehmen kann. In Sachen Digitalisierung in der Feuerwehr- und Gefahrenabwehrwelt ist Brasilien in vielen Bereichen deutlich weiter fortgeschritten. Nach Bewertung der Gruppe vor Ort ist es also keine sogenannte „Entwicklungshilfe eines Zweiten- oder Dritten-Welt-Landes“, sondern ein partnerschaftlicher Austausch, bei dem für Bremerhaven hinsichtlich Strukturen und Aufbau, Reserven oder Logistik viel übernommen werden kann.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstand zur Kenntnis.

#### 4.4. **Ergebnisbericht Katastrophenschutzübung 2024** KatS - I 7/2024

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

#### 4.5. **Sachstandsbericht Handlungsfelder und Perspektiven im Katastrophenschutz** KatS - I 8/2024

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

#### 4.6. **Verschiedenes Katastrophenschutz**

Herr Grantz resümiert, dass der Bundesweite Warntag am 12. September 2024 ein großer Erfolg war und alle kommunal zu verantwortenden Instrumente des Warnmixes reibungslos funktionierten. Weiter erläutert er, dass der weitere Ausbau des Sirennetzes im Sinne einer Verdichtung sich verzögert. Die beauftragte Fachfirma ist derzeit aufgrund der Auftragslage überlastet, da jetzt viele Kommunen ebenfalls in den Sirenenaufbau einsteigen.

Weitere Wortbeiträge gibt es nicht.

### 5. **Bereich Feuerwehr**

#### 5.1. **Anfragen**

Keine.

#### 5.2. **Anträge**

Keine.

- 5.3. Bericht zu Patientenzuweisungen im Rettungsdienst** **XI 10/2024**
- Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Bericht zu den Patientenzuweisungen zur Kenntnis.
- 5.4. Zukunftsfähige Organisationsanpassung der Feuerwehr** **XI 11/2024**
- Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis und bittet das Dezernat XI um fortlaufende Berichterstattung zu den Ergebnissen.
- 5.5. Sachstandsbericht - Teilnahme am DEICHBRAND-Festival für Personal-  
werbemaßnahmen** **XI 12/2024**
- Herr Skusa resümiert, dass die Veranstaltung für die Feuerwehr ein Erfolg war. Auch der initiierte Instagram-Auftritt hat sich als interessant erwiesen und eine hohe Resonanz erzeugt.
- Herr Timke freut sich, dass man bei der Feuerwehr jetzt neue Wege geht, um Personalmaßnahmen durchführen zu können. Er fragt hierzu, ob diese Veranstaltung in Kombination mit der Polizei gelaufen ist um Synergieeffekte zu sammeln oder ob das ein Alleingang der Feuerwehr war.
- Herr Cordes antwortet, dass die Veranstaltung ursprünglich zusammen mit dem Personalamt des Magistrats konzipiert wurde. Aus den Erfahrungswerten der erstmaligen Teilnahme am DEICHBRAND-Festival im letzten Jahr wurde sich allerdings auf die Feuerwehr konzentriert. Ein Austausch mit der Polizei findet laufend statt, aber es gibt auf dem Deichbrand keine kombinierte Werbemaßnahme, da Feuerwehr und Polizei durchaus andere Bewerberkreise haben.
- Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstand zur Kenntnis.
- 5.6. Sachstandsbericht – Themen mit Bezug zur Integrierten Regionalleitstelle  
Unterwese-Elbe (IRLS)** **XI 14/2024**
- Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstand zur Kenntnis.
- 5.7. Sachstandsbericht zum Neubau eines Gerätehauses für die Freiwillige  
Feuerwehr Wulsdorf** **XI 15/2024**
- Herr Skusa teilt mit, dass der Termin für die Einweihung auf den 26.10.2024 festgelegt wurde.
- Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.
- 5.8. Sachstandsbericht: Förderung Ehrenamt Freiwillige Feuerwehr - Projekt  
Gesundheit und Fitness Freiwillige Feuerwehren „GuFi-FF“** **XI 16/2024**
- Herr Skusa berichtet, dass bereits mehrere Angebote für die ehrenamtlichen Kräfte umgesetzt worden sind, die Teilnehmeranzahl aber noch ausbaufähig ist. Eine anlassbezogene weitere Berichterstattung im AÖS sagt er zu.
- Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

**5.9. Sachstandsbericht zur Feuer- und Rettungswache Überseehafen**

**XI 17/2024**

Herr Skusa ergänzt zur Vorlage, dass bezüglich des Klageverfahrens des unterlegenen Bieters im Architektenwettbewerb seitens des Gerichts ein Vergleich angeregt wurde. Einem Vergleich wurde im Magistrat zugestimmt, sodass eine kurzfristige Auftragsvergabe zu erwarten ist. Er weist darauf hin, dass mit dieser Lösung eine Kostenreduzierung bei den Hochbaumaßnahmen um 1,8 Mio. € realisiert werden kann.

Auf Nachfrage von Frau Kirschstein-Klingner, ob es bereits ein Datum gibt, wann es endlich losgehen kann, berichtet Herr Skusa, dass vor Beginn des Hochbaus zunächst der Abschluss der Bauleitplanung abgewartet werden muss. Herr Cordes ergänzt, dass die laufende Bauleitplanung im stadtbremischen Planungsgebiet im Zeitplan liegt und die entsprechenden Deputationsbeschlüsse für 2025 erwartet werden.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

**5.10. Fachkräftemangel – Sachstand zur Durchführung der Berufsausbildung zum Notfallsanitäter/zur Notfallsanitäterin**

**XI 18/2024**

Herr Skusa berichtet, dass die Ausbildung der ersten sechs Auszubildenden zum Notfallsanitäter/zur Notfallsanitäterin zum 01.09.2024 begonnen hat. Diese erstmalig durchgeführte Ausbildung erscheint als vielversprechender Baustein gegen den Fachkräftemangel, da im Rahmen des Auswahlverfahrens 124 Bewerbungen eingegangen sind.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstand zur Kenntnis.

**5.11. Verschiedenes Feuerwehr**

Frau Kirschstein-Klingner regt an, zeitnah zum Sachstand der neu eingerichteten Brandschauen zu berichten.

Herr Skusa sagt einen Bericht für die erste Sitzung des AÖS in 2025 zu.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht.

Vorsitzender

\_\_\_\_\_  
Grantz  
Oberbürgermeister

Schriftführerin Bereich Polizei

\_\_\_\_\_  
Berndt

Vorsitzender

\_\_\_\_\_  
Skusa  
Stadtrat

Schriftführerin Bereich Feuerwehr

\_\_\_\_\_  
Mahlstedt



# Ortspolizeibehörde Bremerhaven

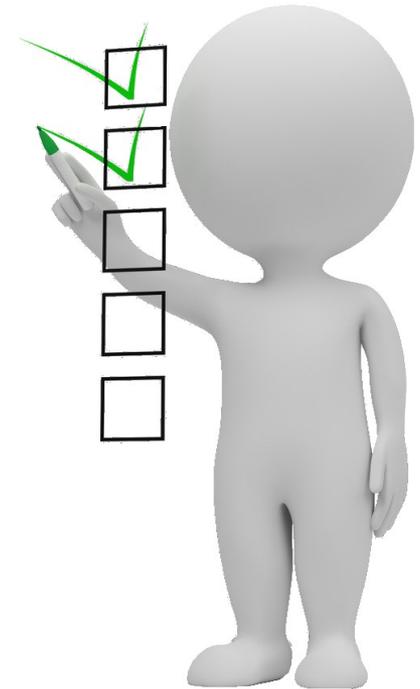
Ausschuss für öffentliche Sicherheit am 17.09.2024

# Mitarbeitendenbefragung 2024



# Gliederung

- Befragungsinstrument
- Ablauf
- Wesentliche Ergebnisse
- Weiteres Vorgehen



## ➤ DGB-Index Gute Arbeit

DGB-Index  
Gute Arbeit



- Wissenschaftlich fundiertes Instrument
  - Messung der Arbeitsqualität aus Sicht der Beschäftigten
  - Seit 2007 jährliche Repräsentativerhebung
- Praxisorientiertes Instrument zur Analyse und Verbesserung der Arbeitsbedingungen



## ➤ Kriterien der Arbeitsqualität

- Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten
- Weiterbildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten
- Führungsqualität und Betriebskultur
- Sinngehalt der Arbeit
- Arbeitszeitgestaltung
- Emotionale Anforderungen
- ...



# Befragungsinstrument

## ➤ 59 Fragen in 3 Clustern

- Belastung und Beanspruchung (38 Items)

Haben sie Einfluss auf die Gestaltung Ihrer Arbeitszeit?

In sehr hohem Maß	In hohem Maß	In geringem Maß	Gar nicht
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<b>Beanspruchung</b>			

Gar nicht	mäßig	stark	Sehr stark
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<b>Belastung</b>			



# Befragungsinstrument

## ➤ 59 Fragen in 3 Clustern

- Belastung und Beanspruchung (38 Items)
- Beurteilung der Arbeitssituation (11 Items)

Wie häufig kommt es bei Ihnen zu Zeit- oder Termindruck durch ...

Zu knappe  
Personalbemessung

Sehr  
häufig

oft

selten

nie



# Befragungsinstrument

- **59 Fragen in 3 Clustern**
  - Belastung und Beanspruchung (38 Items)
  - Beurteilung der Arbeitssituation (11 Items)
  - Soziodemografie (10 Items)



# Befragungsinstrument

<b>Qualität der Arbeitsbedingungen</b>	<b>Schlechte</b>		<b>Mittelmäßige</b>	<b>Gute</b>
<b>Gefährdungsgrad für Gesundheit</b>	<b>Sehr hoch</b>	<b>Hoch</b>	<b>Mittel</b>	<b>Kein</b>
<b>Index-Werte</b>	(Index-Wert: 0-33)	(Index-Wert: 34-49)	(Index-Wert: 50-79)	(Index-Wert: 80-100)
<b>Anforderungen (Ressourcen)</b>	Negativ/negativste	Negativ/negativste	Negativ/negativste	Positiv
<b>Belastungen</b>	Hohe/höchste	Mäßige	Keine	Keine

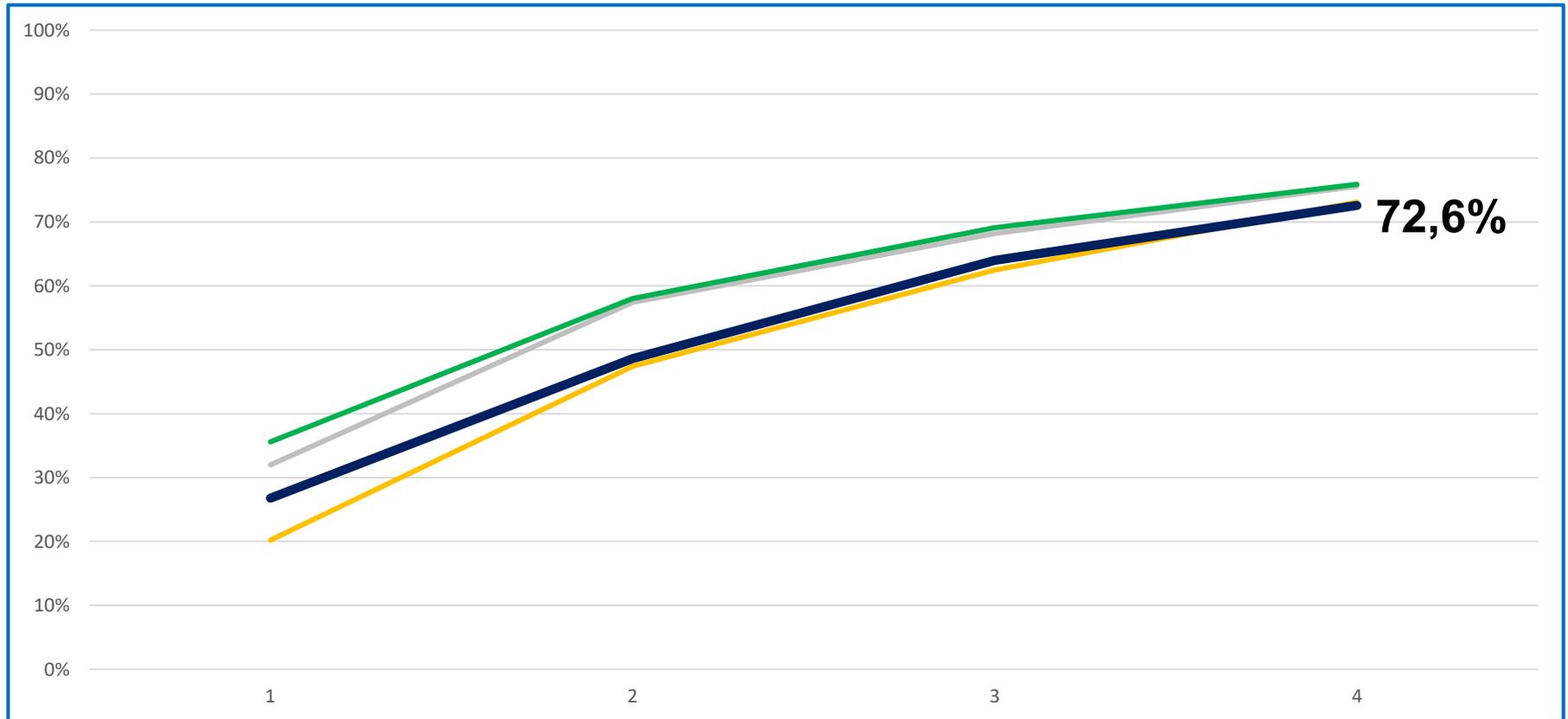


- 4. Befragung nach 2012, 2014 und 2017
- Erhebung vom 07. – 28. April 2024
- Online-Fragebogen
- Begleitung durch Dr. Lindner + UZ Bonn



# Wesentliche Ergebnisse

## ➤ Beteiligung



2012

2014

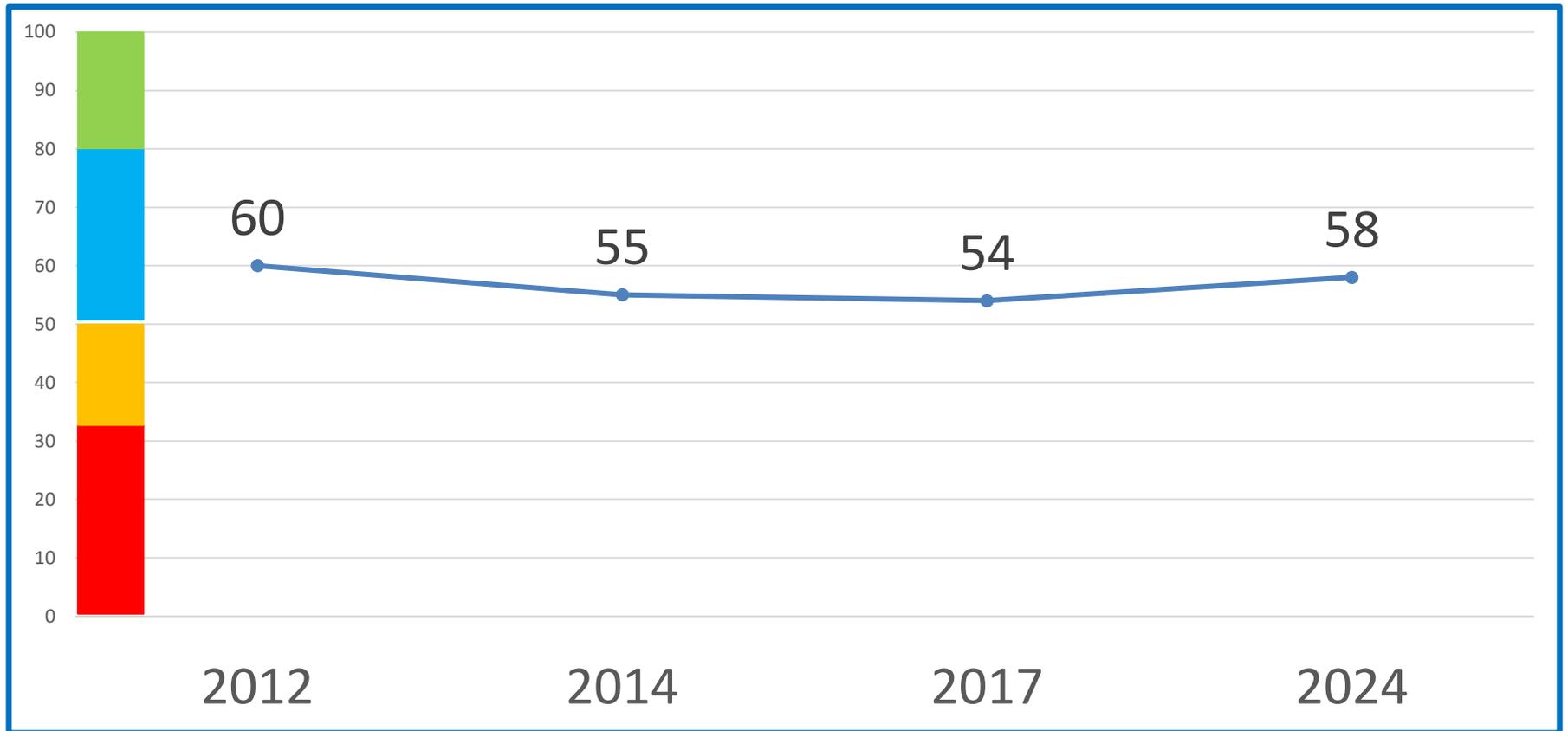
2017

2024



# Wesentliche Ergebnisse

## ➤ „Gesamtindex“



# Wesentliche Ergebnisse

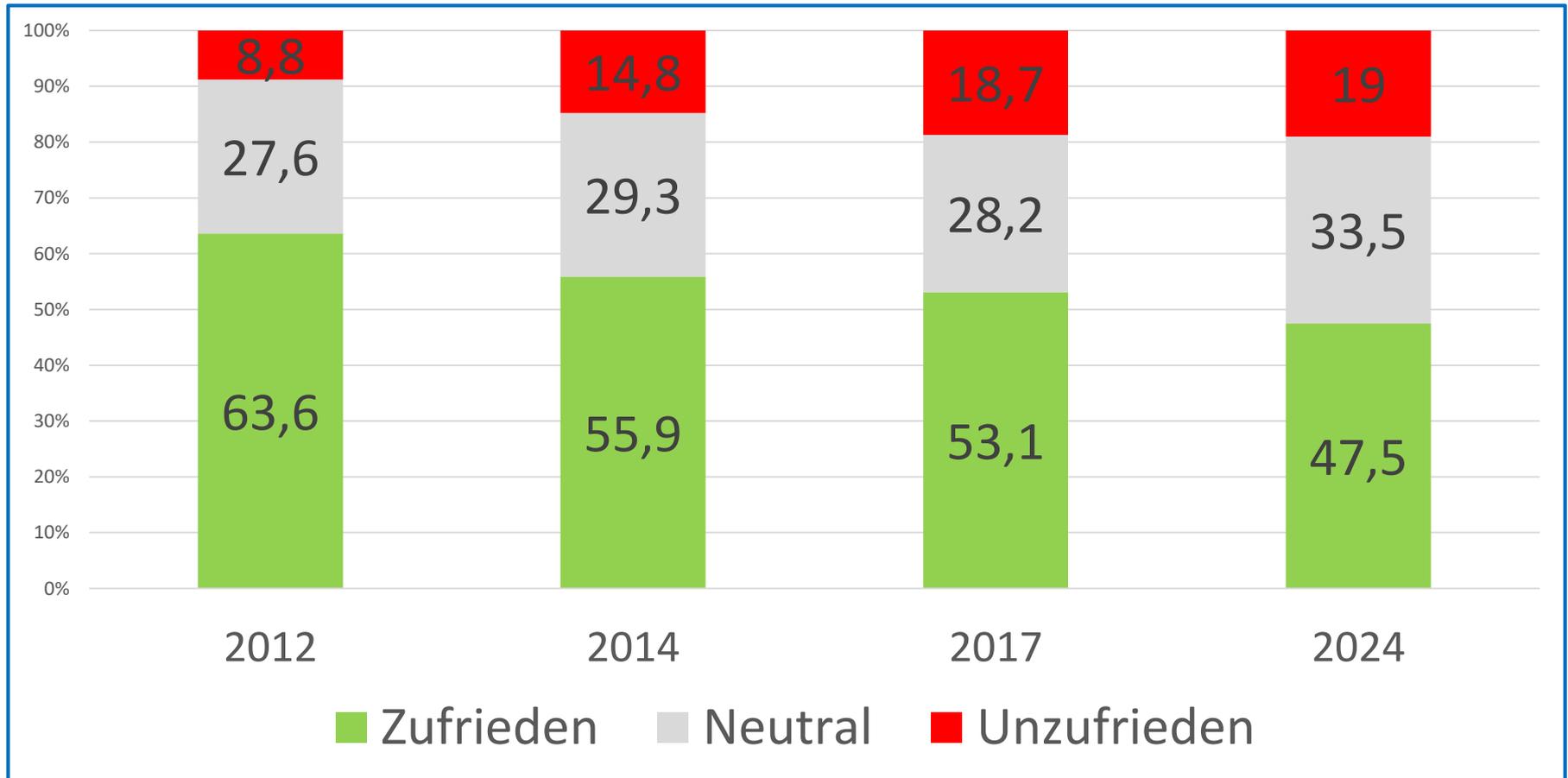
## ➤ Arbeitsweltveränderung

- Wachsende Anforderungen
- Mangelnde Ausstattung
- Organisationale / strukturelle Bedingungen
- Personalmangel



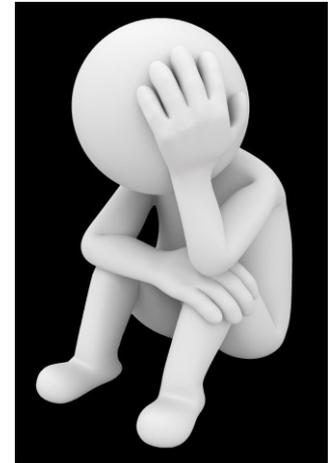
# Wesentliche Ergebnisse

## ➤ „Zufriedenheit“



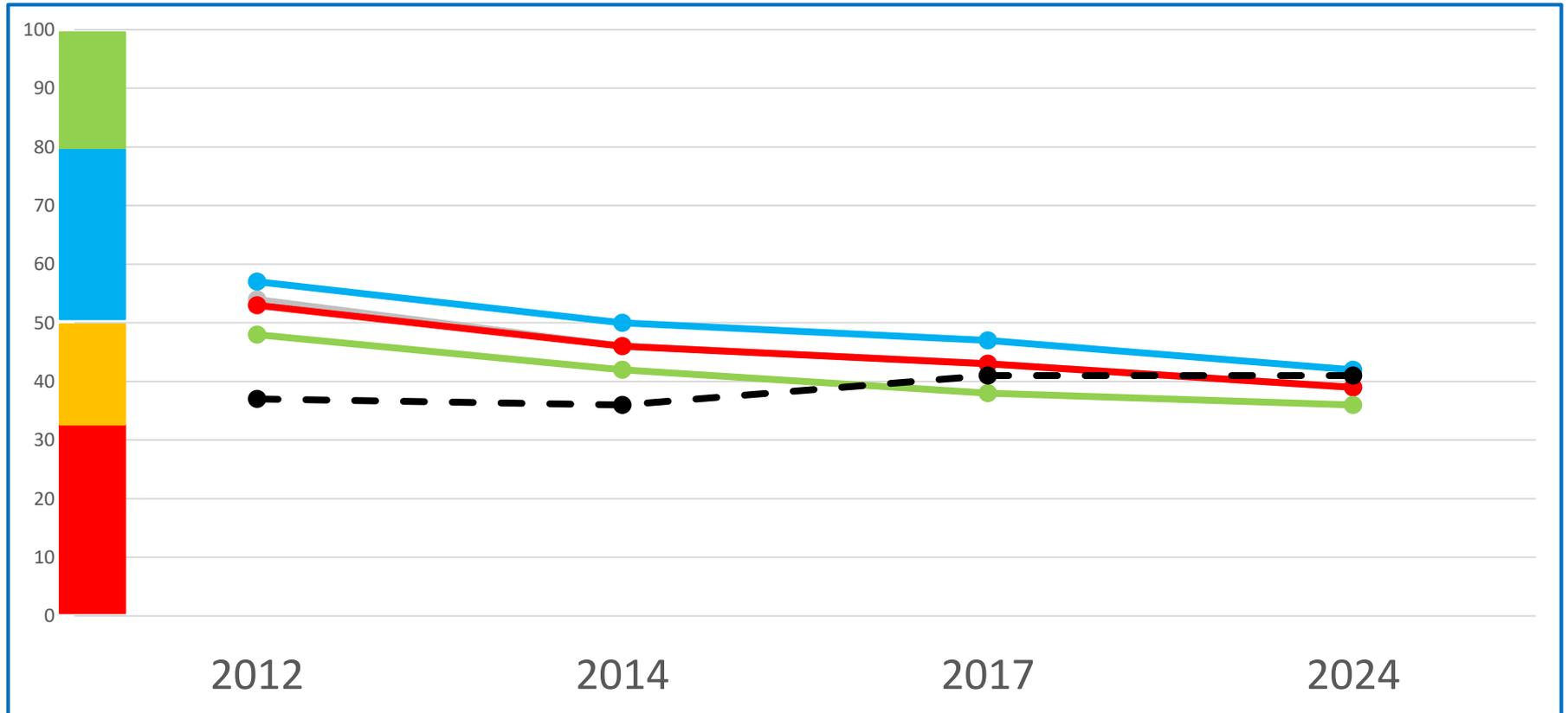
## ➤ **Arbeitsintensität**

- negativer Trend seit 2012
- Gefährdende Arbeitsintensität in 3 Abteilungen
- Alle weiteren (eine Ausnahme) hoch belastet
- **höchste Gefährdung**



# Wesentliche Ergebnisse

## ➤ Arbeitsintensität



Abstriche in der Qualität der Arbeit

Hetze Zeitdruck

Arbeitsintensität

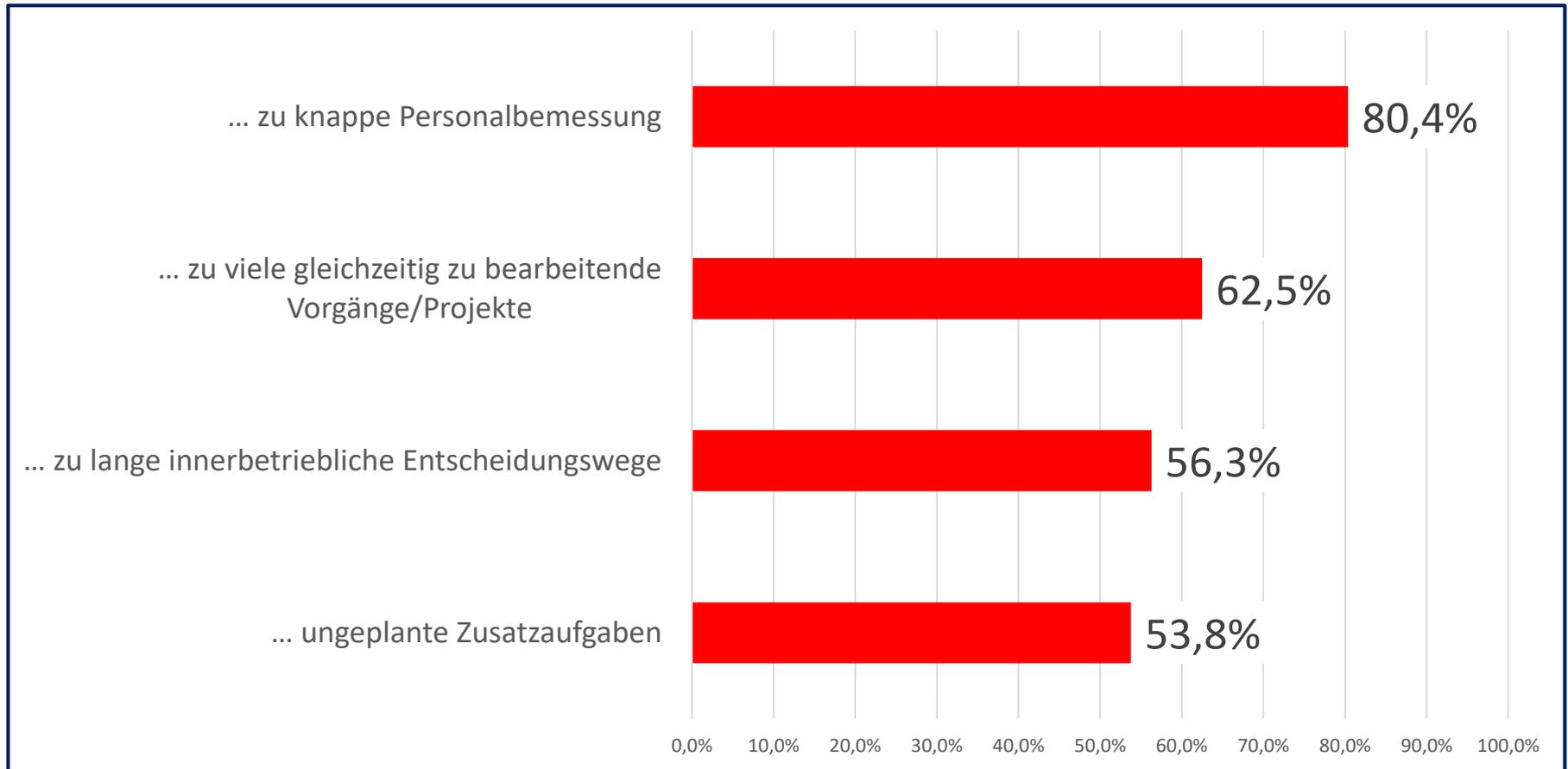
Unerwünschte Unterbrechungen

Hetze Zeitdruck (23)



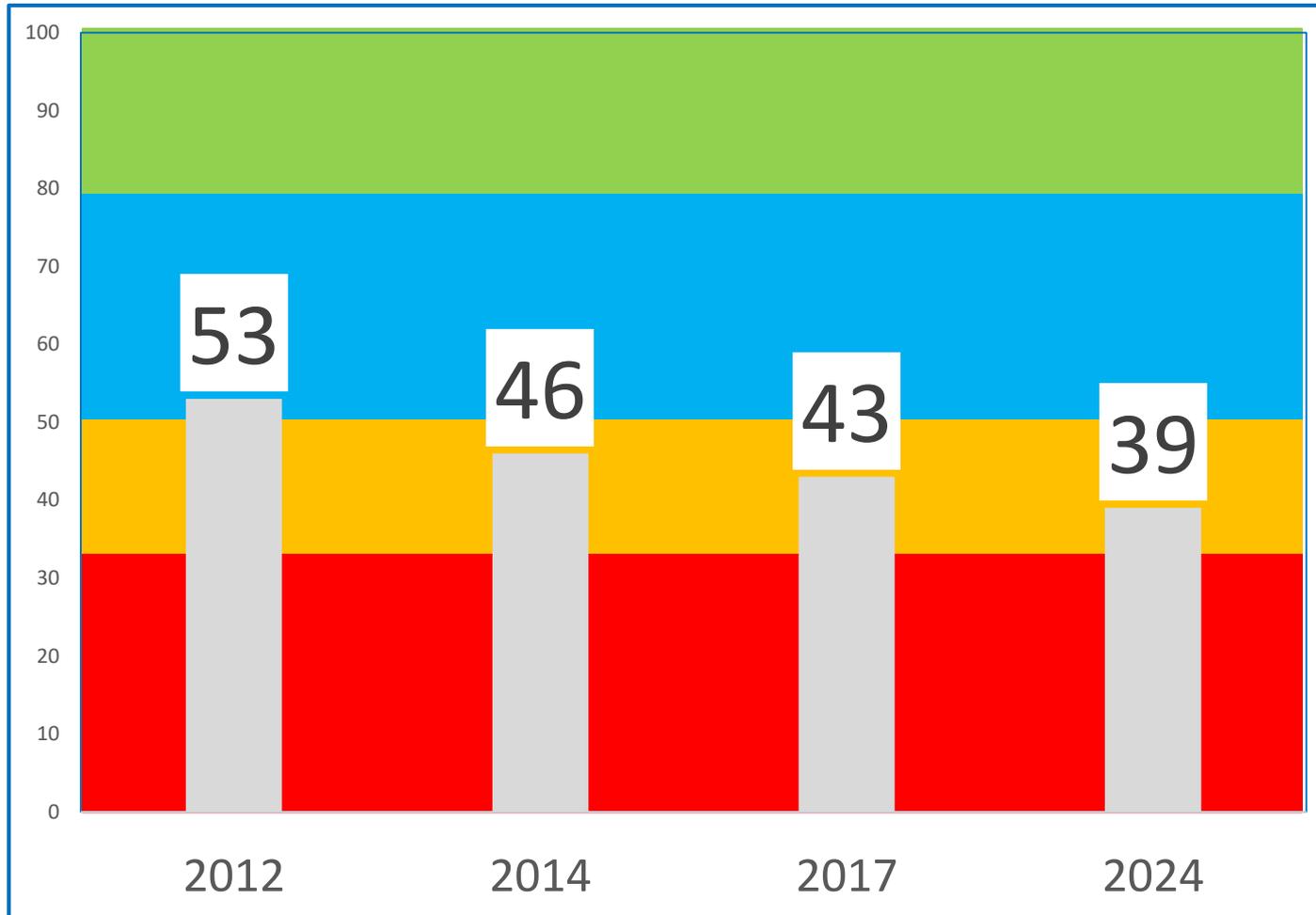
# Wesentliche Ergebnisse

## ➤ Sehr häufig / oft Termindruck durch...



# Wesentliche Ergebnisse

## ➤ Arbeitsintensität



Positive Beanspruchung  
Keine Belastung

geringe Beanspruchung  
Keine Belastung

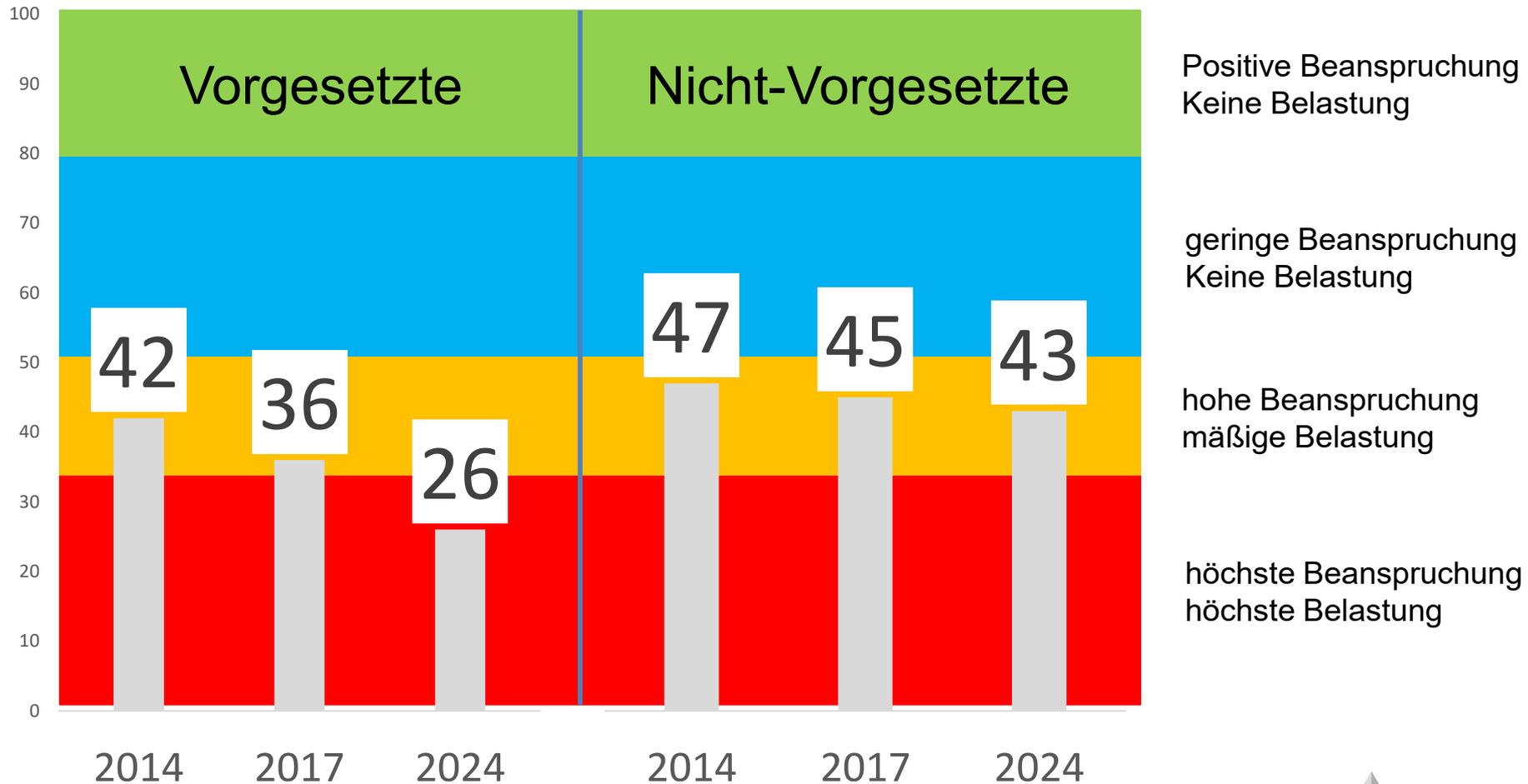
hohe Beanspruchung  
mäßige Belastung

höchste Beanspruchung  
höchste Belastung



# Wesentliche Ergebnisse

## ➤ Arbeitsintensität Führungskräfte



## ➤ Stabilisierende Faktoren

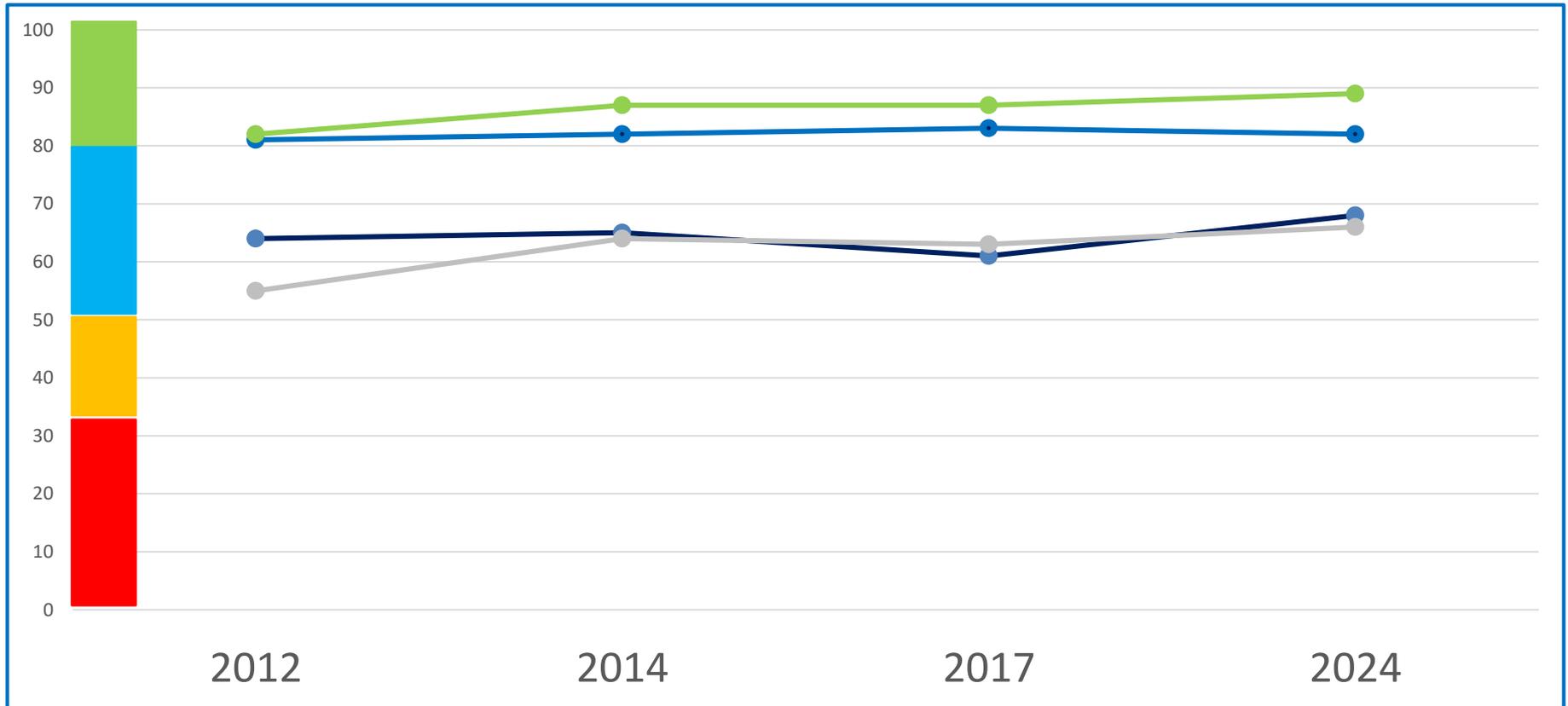
- Führungsqualität
- Betriebskultur
- **Kollegialität**
- **Sinngehalt der Arbeit**

weisen hohes Maß an Robustheit auf



# Wesentliche Ergebnisse

## ➤ Stabilisierende Faktoren



Führungsqualität

Betriebskultur

Sinngehalt der  
Arbeit

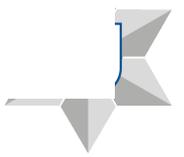
Kollegialität



# Weiteres Vorgehen

- Veröffentlichung Abschlussbericht
- Erörterung der Ergebnisse
- Priorisierte Interventionen
- Begleitung durch das Werkarztzentrum







# Ortspolizeibehörde Bremerhaven

Ausschuss öffentliche Sicherheit

17. September 2024

---

Lagebild

Eigentumskriminalität



# Ausgewählte Eigentumsdelikte

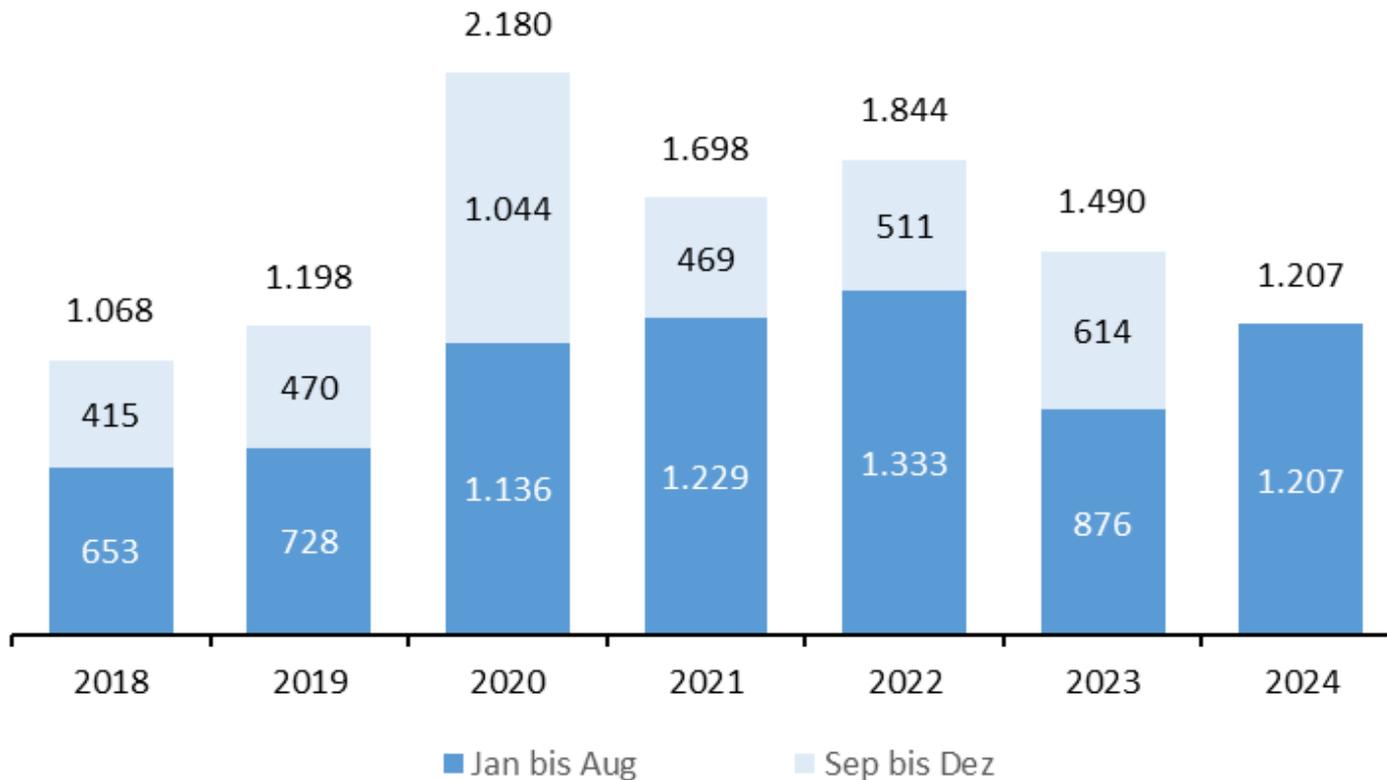
## Eingangsstatistik

Delikt	2018 Gesamt	2019 Gesamt	2020 Gesamt	2021 Gesamt	2022 Gesamt	2023 Gesamt	2023 Jan - Aug	2024 Jan - Aug	Veränderung
Wohnungseinbruchsdelikte	271	284	238	282	369	314	184	249	+35,3%
Einbruchsdelikte in/aus Gewerbe	390	389	308	236	340	321	214	255	+19,2%
Einbruchsdelikte in/aus Keller	141	201	1.174	612	720	374	168	341	+103,0%
Einbruchsdelikte in/aus Parzellen	122	110	191	333	170	200	151	172	+13,9%
Einbruchsdelikte aus Kfz	144	181	235	183	161	210	117	157	+34,2%
Einbruchsdelikte aus Kfz + DS aus off. Kfz	-	214	269	235	245	281	159	190	+19,5%
<b>Gesamt</b>	<b>1.068</b>	<b>1.198</b>	<b>2.180</b>	<b>1.698</b>	<b>1.844</b>	<b>1.490</b>	<b>876</b>	<b>1.207</b>	<b>+37,8%</b>
Gesamtkriminalität	13.155	12.640	13.351	12.375	14.702	16.517	11.032	9.762	-11,5%
<b>Anteil der Eigentumsdelikte an der Gesamtkriminalität</b>	<b>8,1%</b>	<b>9,5%</b>	<b>16,3%</b>	<b>13,7%</b>	<b>12,5%</b>	<b>9,0%</b>	<b>7,9%</b>	<b>12,4%</b>	<b>+4,5%</b>



# Ausgewählte Eigentumsdelikte

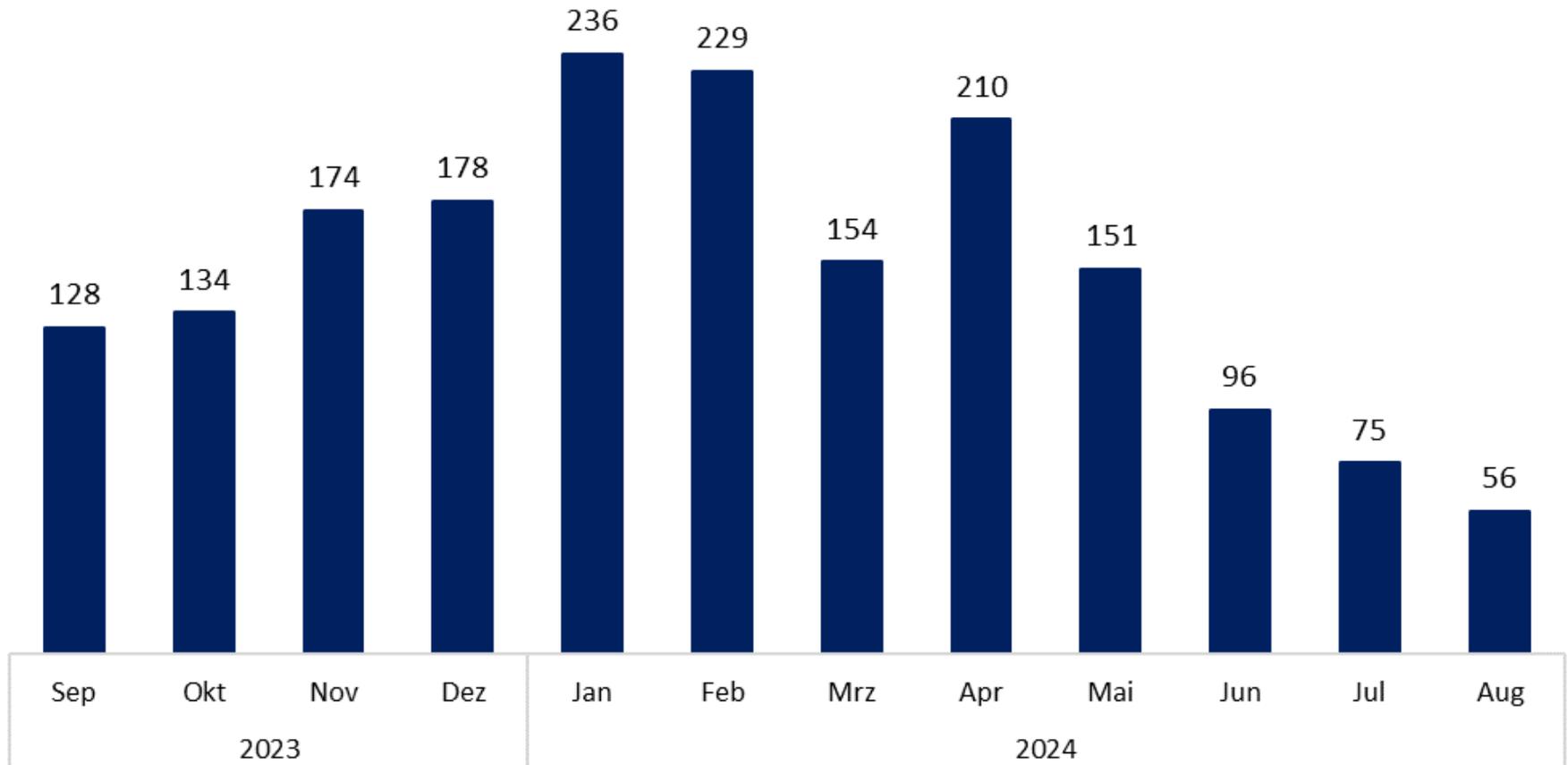
## Eingangsstatistik



**Veränderung zum Vorjahr: + 37,8%**



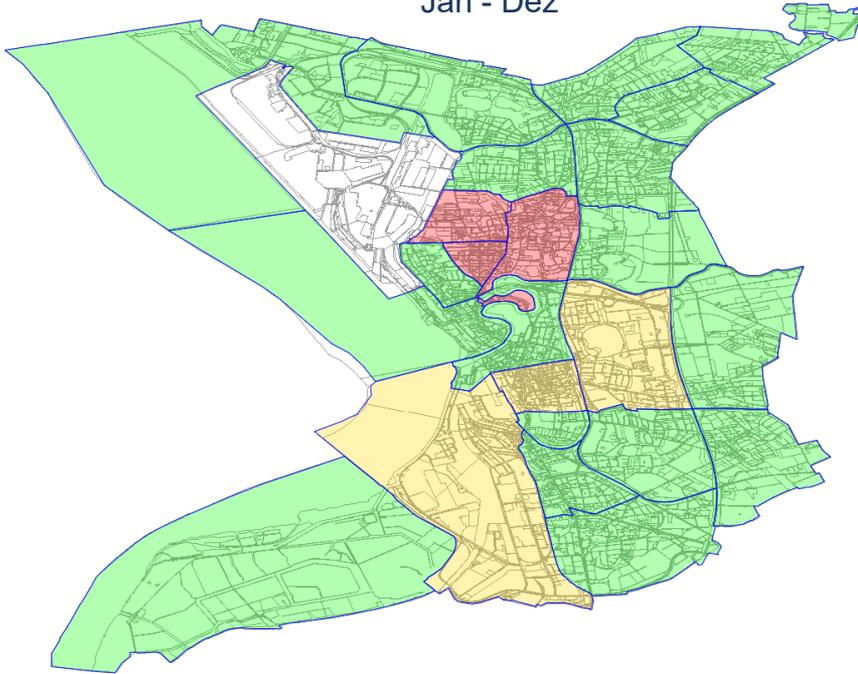
# Ausgewählte Eigentumsdelikte Entwicklung



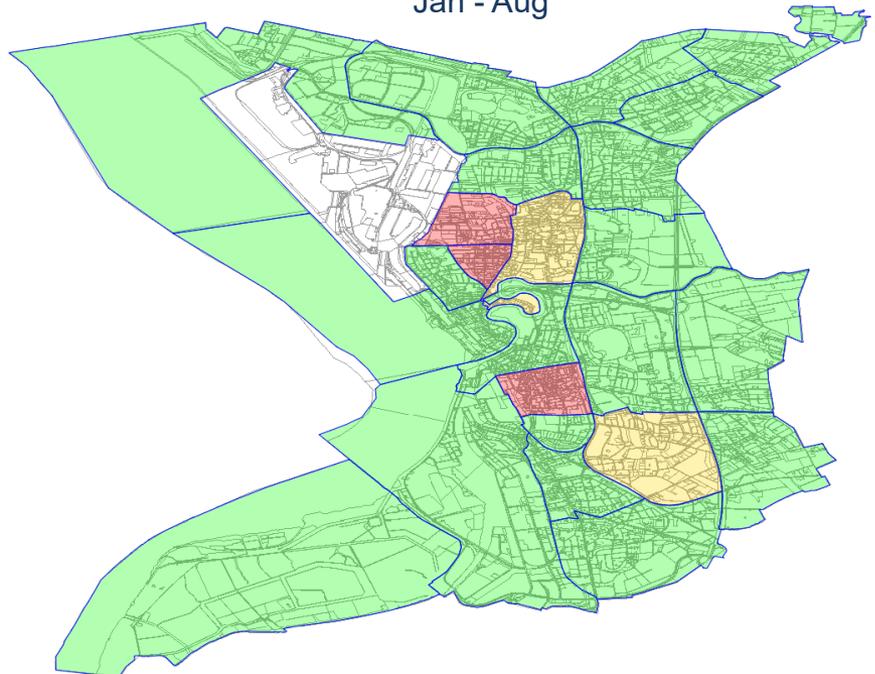
# Ausgewählte Eigentumsdelikte

## Heat-Map zur Ortsteilstatistik

**2023**  
Jan - Dez



**2024**  
Jan - Aug

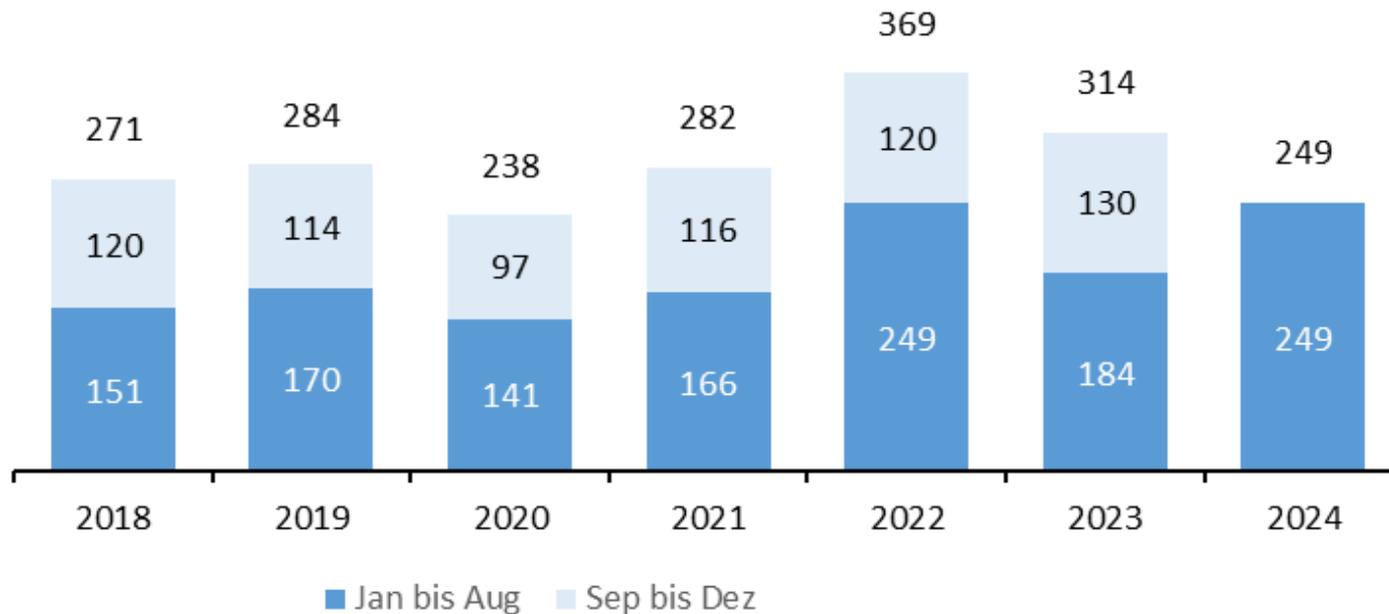


### Erläuterung:

- Grün:** Die Summe der ausgewählten Eigentumsdelikte im Ortsteil entsprechen weniger als 5% der Gesamtsumme.
- Gelb:** Die Summe der ausgewählten Eigentumsdelikte im Ortsteil entsprechen mehr als 5% und weniger als 10% der Gesamtsumme.
- Rot:** Die Summe der ausgewählten Eigentumsdelikte im Ortsteil entsprechen mehr als 10% der Gesamtsumme.



# Wohnungseinbruch Eingangsstatistik

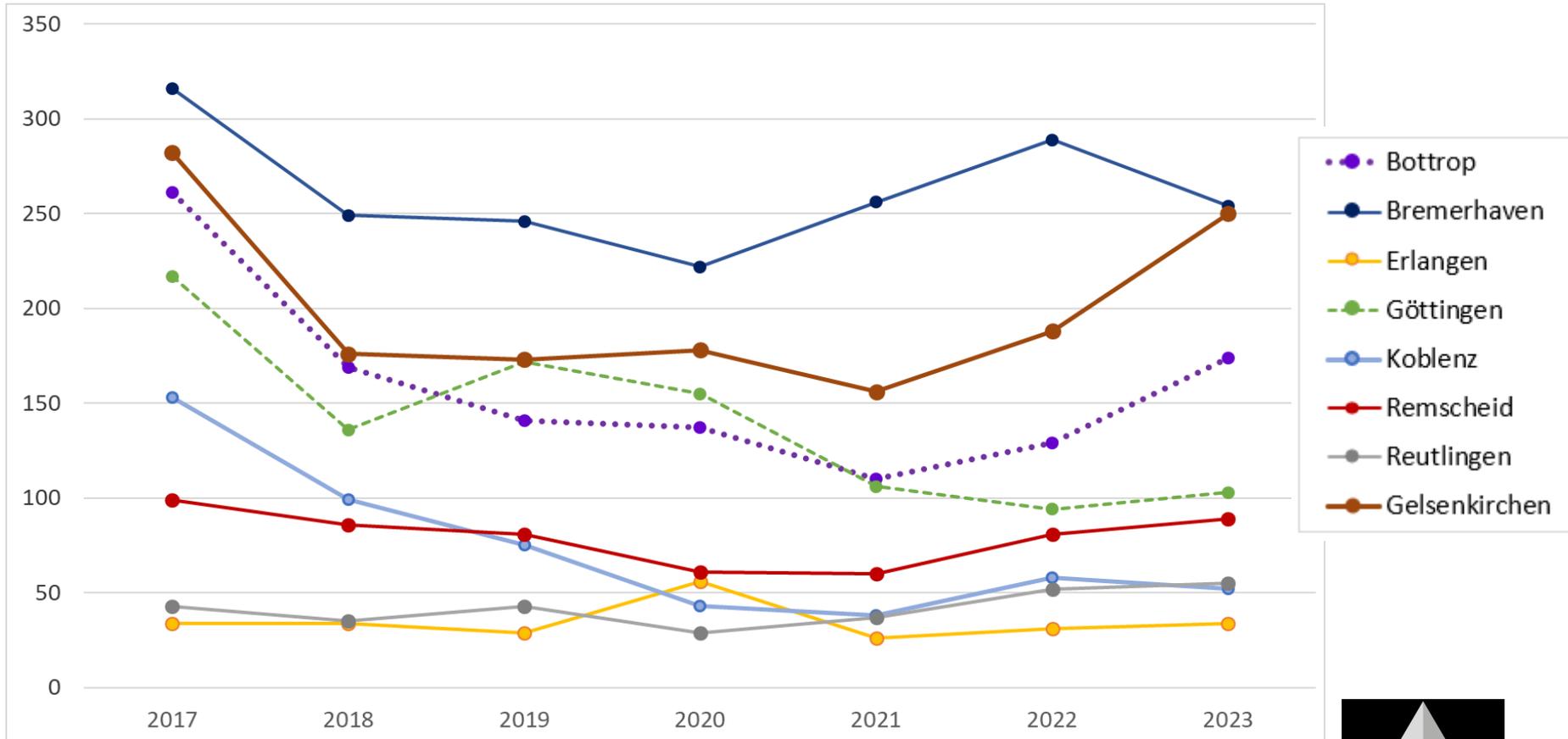


**Veränderung zum Vorjahr: + 35,3%**



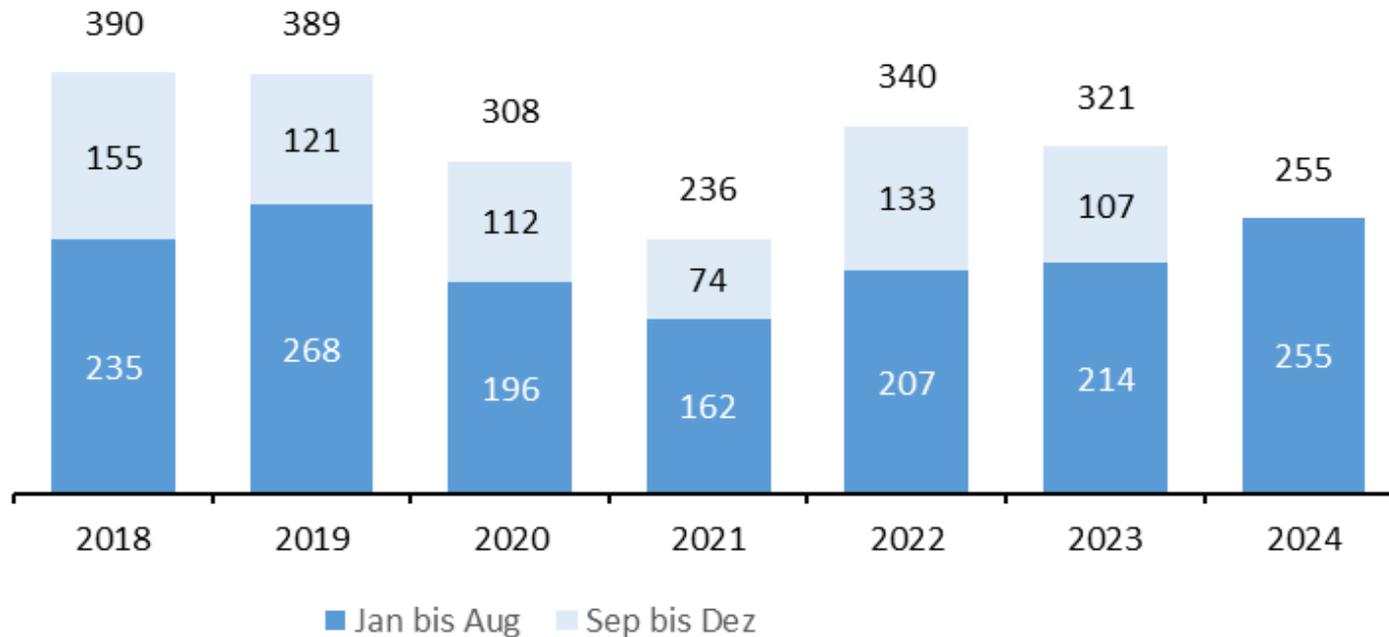
# Langzeit- und Großstadtvergleich Wohnungseinbruch

Kriminalitätshäufigkeitszahl = Registrierte Straftaten je 100.000 Einwohner:innen



# Einbruchsdelikte in/aus Gewerbe

## Eingangsstatistik

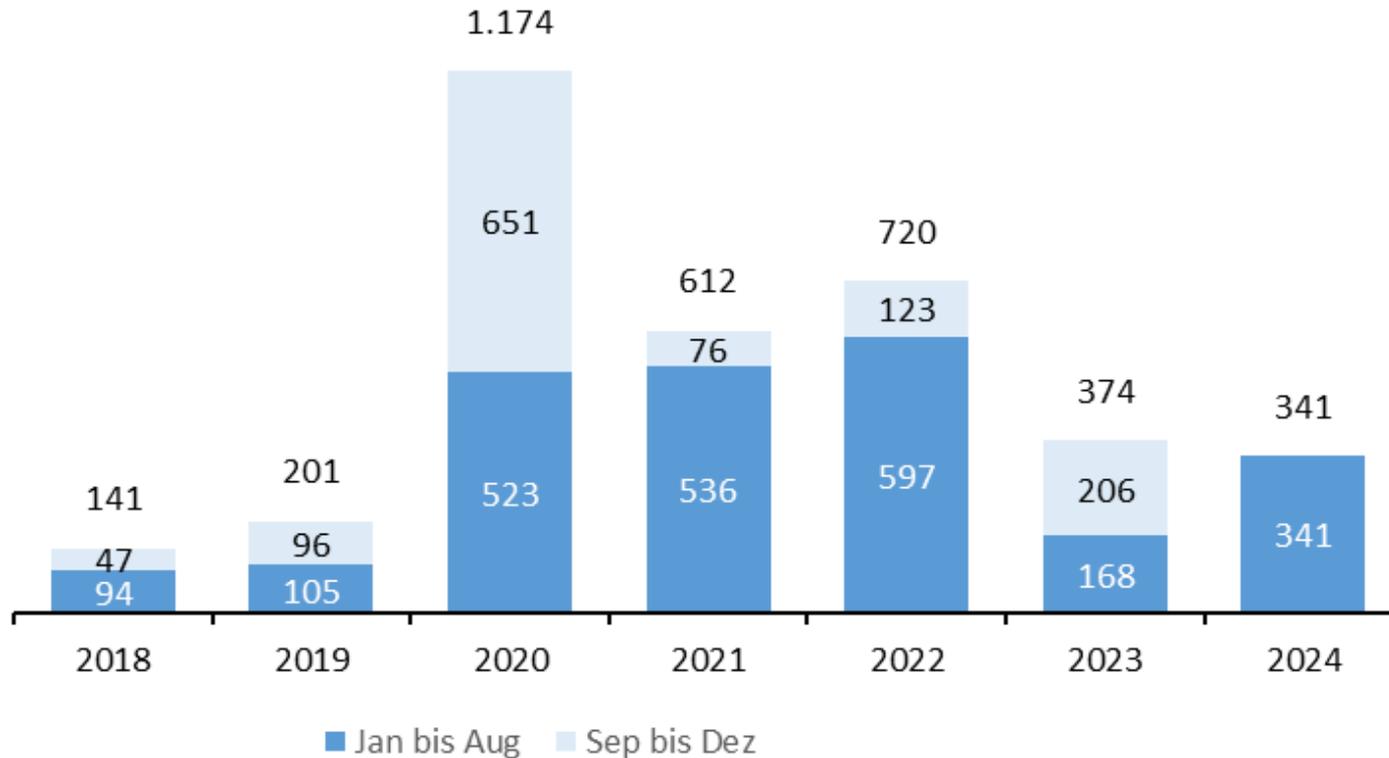


**Veränderung zum Vorjahr: + 19,2%**



# Einbruchsdelikte in Kellerräume

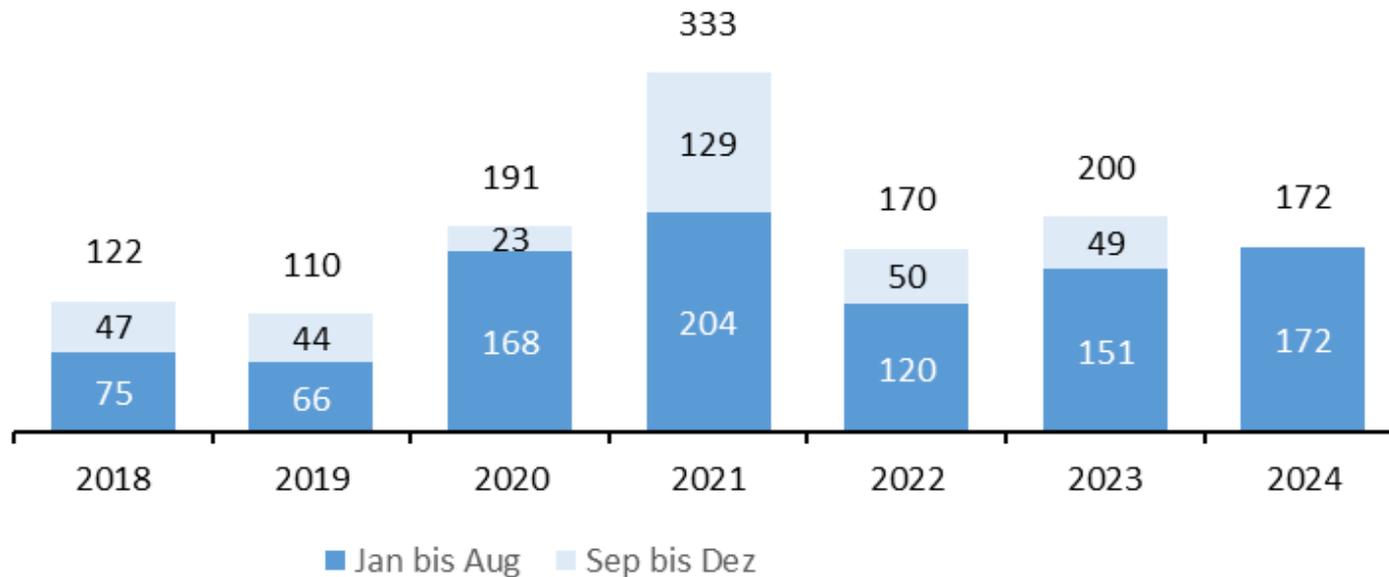
## Eingangsstatistik



**Veränderung zum Vorjahr: + 103,0%**



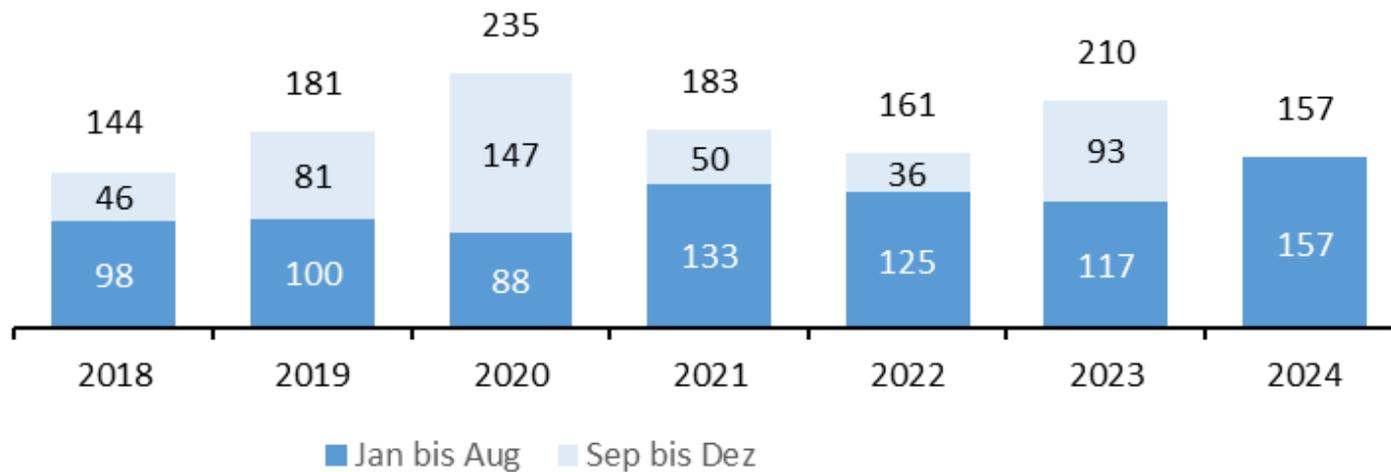
# Parzelleneinbruch Eingangsstatistik



**Veränderung zum Vorjahr: + 13,9%**



# Einbruchsdelikte aus Kfz Eingangsstatistik



**Veränderung zum Vorjahr: + 34,2%**





# Erkenntnisse zur Täterlage

Aufklärungsquote:

→ In diesen Phänomenen um 10 %

Daher lassen sich **keine „allgemeingültigen“ Aussagen** zur Täterlage treffen!

Es gibt jedoch „prägende“ Merkmale:





# Anonymisierter Lebenslauf

## Tatverdächtiger: 01

### Taten 2024: Insgesamt 4 Fälle

§ 242 StGB Diebstahl - **2 Fälle**

§ 252 StGB Räuberischer Diebstahl - **2 Fälle**

### Taten 2023: Insgesamt 137 Fälle

§ 123 StGB Hausfriedensbruch - **46 Fälle**

§ 146 StGB Geldfälschung - in Verkehr bringen - **1 Fall**

§ 241 StGB Bedrohung - **1 Fall**

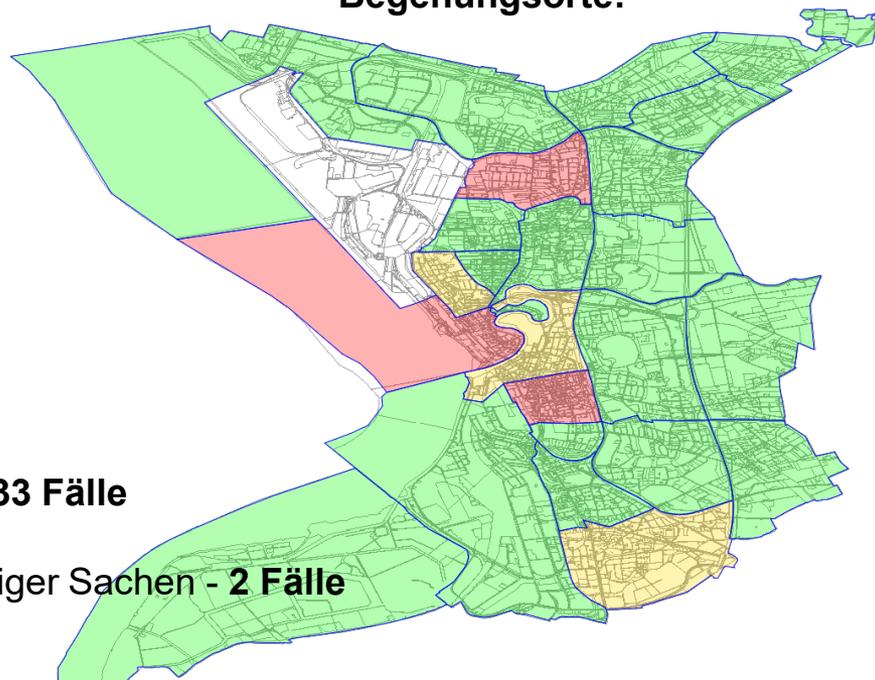
§ 243 StGB Besonders schwerer Fall des Diebstahls - **33 Fälle**

§ 244 StGB Bandendiebstahl - **53 Fälle**

§ 248a StGB Diebstahl und Unterschlagung geringwertiger Sachen - **2 Fälle**

§ 29 BtMG Unerlaubter BTM-Besitz - **1 Fall**

### Begehungsorte:





# Anonymisierter Lebenslauf

## Tatverdächtiger: 02

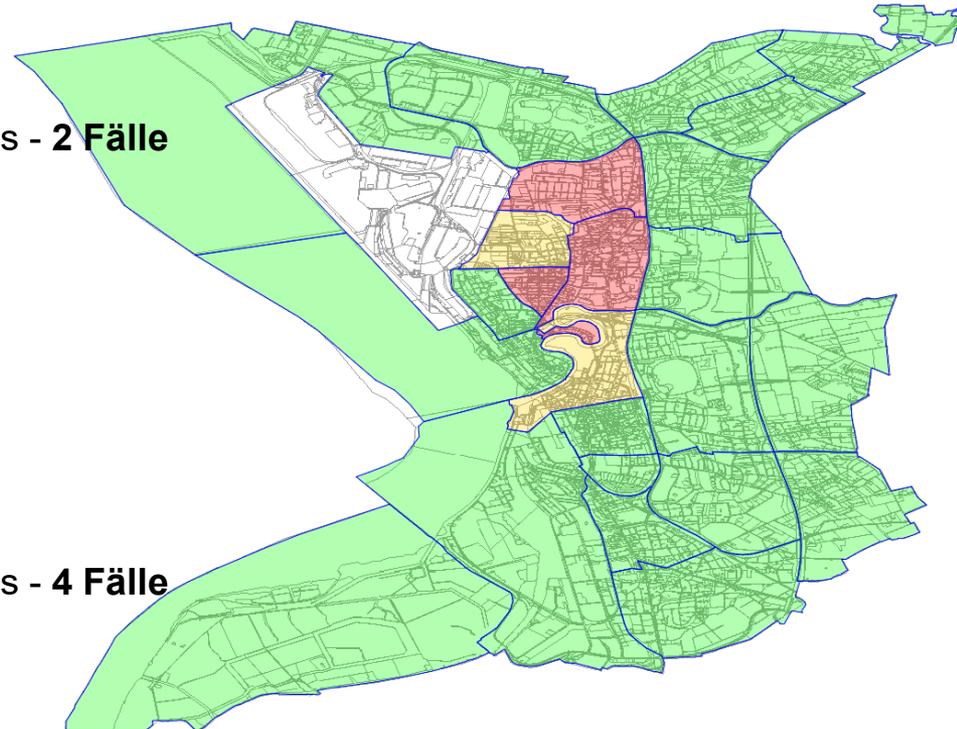
Begehungsorte:

### Taten 2024: Insgesamt 36 Fälle

- § 242 StGB Diebstahl - **29 Fälle**
- § 243 StGB Besonders schwerer Fall des Diebstahls - **2 Fälle**
- § 243 StGB Räuberischer Diebstahl - **1 Fall**
- § 29 BtMG Unerlaubter BTM-Besitz - **4 Fälle**

### Taten 2023: Insgesamt 44 Fälle

- § 123 StGB Hausfriedensbruch - **3 Fälle**
- § 223 StGB Körperverletzung - **1 Fall**
- § 242 StGB Diebstahl - **27 Fälle**
- § 243 StGB Besonders schwerer Fall des Diebstahls - **4 Fälle**
- § 244a StGB Schwerer Bandendiebstahl - **1 Fall**
- § 249 StGB Raub - **1 Fall**
- § 252 StGB Räuberischer Diebstahl - **3 Fälle**
- § 29 BtMG Unerlaubter BTM-Besitz - **3 Fälle**
- § 244 StGB Diebstahl mit Waffen; Bandendiebstahl; Wohnungseinbruchdiebstahl - **1 Fall**





# Anonymisierter Lebenslauf

## Tatverdächtiger: 03

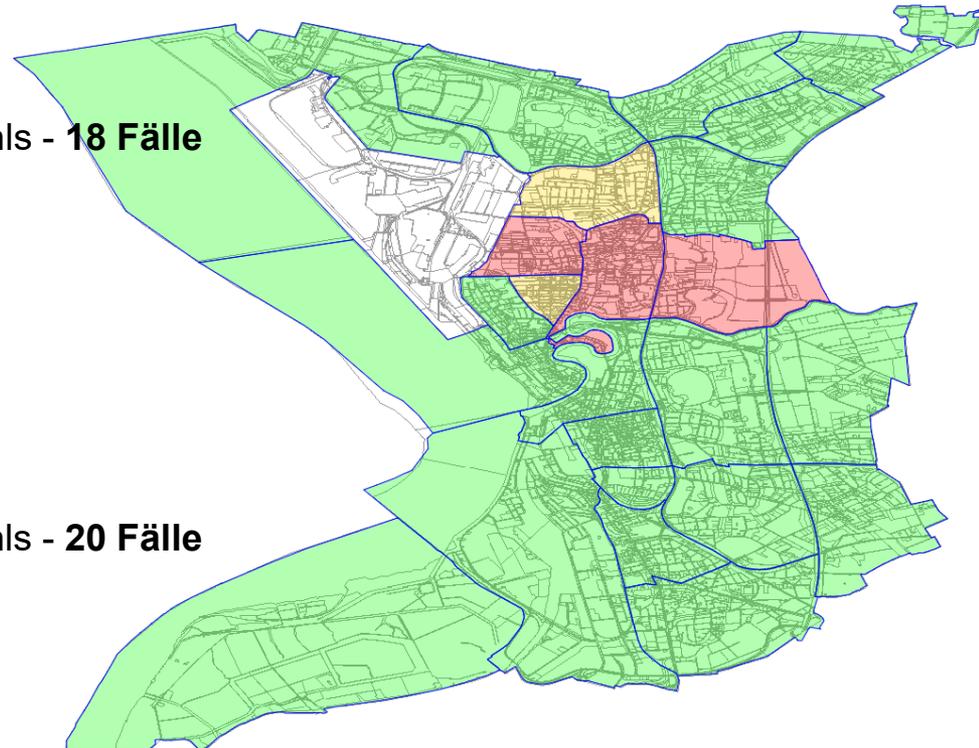
### Taten 2023: Insgesamt 36 Fälle

- § 123 StGB Hausfriedensbruch - **1 Fall**
- § 242 StGB Diebstahl - **15 Fälle**
- § 243 StGB Besonders schwerer Fall des Diebstahls - **18 Fälle**
- § 244 StGB Diebstahl mit Waffen - **1 Fall**
- § 29 BtMG Unerlaubter BTM-Besitz - **1 Fall**

### Taten 2022: Insgesamt 37 Fälle

- § 123 StGB Hausfriedensbruch - **2 Fälle**
- § 242 StGB Diebstahl - **9 Fälle**
- § 243 StGB Besonders schwerer Fall des Diebstahls - **20 Fälle**
- § 252 StGB Räuberischer Diebstahl - **1 Fälle**
- § 259 StGB Hehlerei - **1 Fall**
- § 267 StGB Urkundenfälschung -insgesamt- **1 Fall**
- § 29 BtMG Unerlaubter BTM-Besitz - **3 Fälle**

### Begehungsorte:





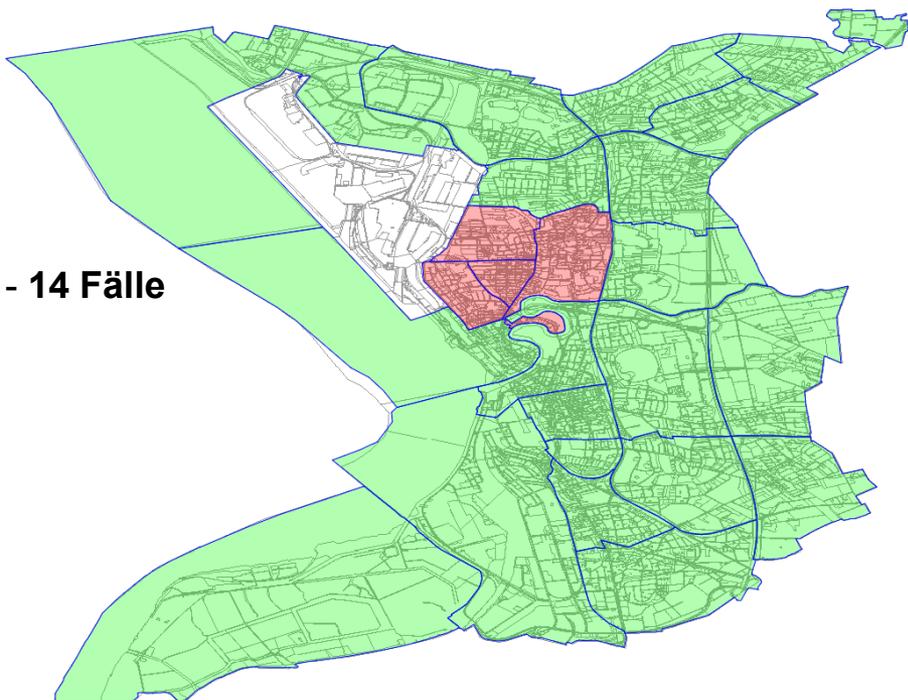
# Anonymisierter Lebenslauf

## Tatverdächtiger: 04

### Taten 2023: Insgesamt 54 Fälle

- § 123 StGB Hausfriedensbruch - **1 Fall**
- § 223 StGB Körperverletzung - **4 Fälle**
- § 224 StGB Gefährliche Körperverletzung - **1 Fall**
- § 241 StGB Bedrohung - **1 Fall**
- § 242 StGB Diebstahl - **22 Fälle**
- § 243 StGB Besonders schwerer Fall des Diebstahls - **14 Fälle**
- § 244 StGB Diebstahl mit Waffen - **2 Fall**
- § 249 StGB Raub - **1 Fall**
- § 259 StGB Hehlerei - **1 Fall**
- § 303 StGB Sachbeschädigung - **5 Fälle**
- § 29 BtMG Unerlaubter BTM-Besitz - **1 Fall**

### Begehungsorte:



# Anonymisierter Lebenslauf

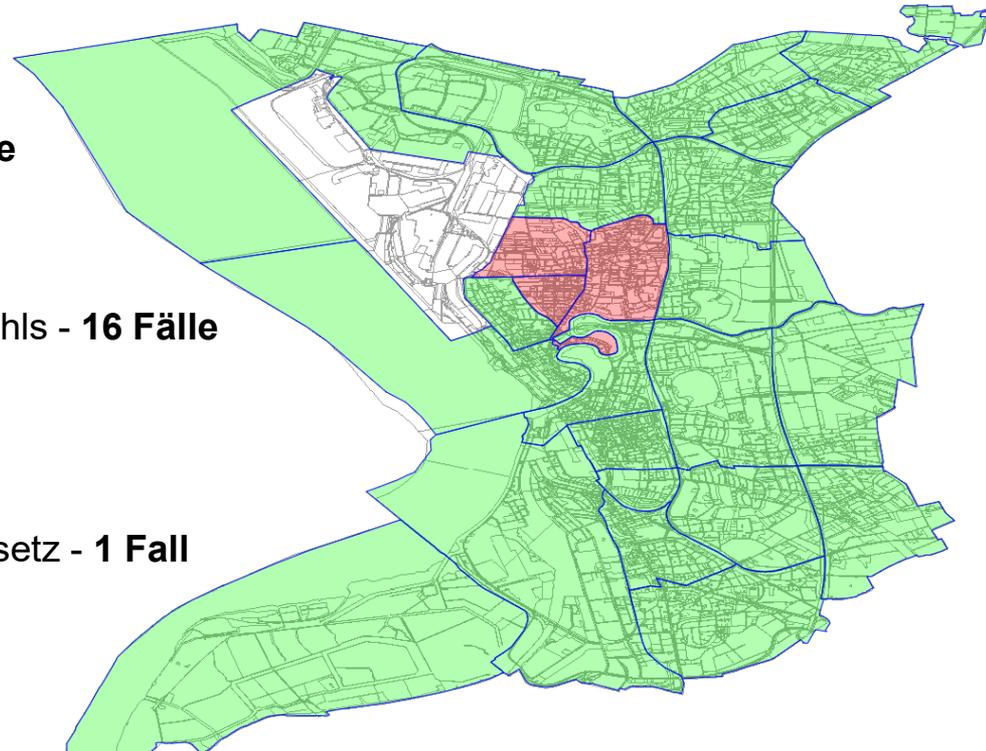
## Tatverdächtiger: 05



### Begehungsorte:

#### Taten 2024: Insgesamt 38 Fälle

- § 224 StGB Gefährliche Körperverletzung - **4 Fälle**
- § 238 StGB Nachstellung - **1 Fall**
- § 241 StGB Bedrohung - **1 Fall**
- § 242 StGB Diebstahl - **9 Fälle**
- § 243 StGB Besonders schwerer Fall des Diebstahls - **16 Fälle**
- § 244 StGB Wohnungseinbruchdiebstahl - **1 Fall**
- § 249 StGB Raub - **1 Fall**
- § 303 StGB Sachbeschädigung - **2 Fälle**
- § 306a StGB Schwere Brandstiftung - **1 Fall**
- § 4 GewSchG Straftat nach dem Gewaltschutzgesetz - **1 Fall**





Vielen Dank

<b>Vorlage Nr. I/XI 9/2024</b>		
für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	<b>ja</b>	Anzahl Anlagen: 1

### **Sachstandsbericht gem. § 49 Abs. 2 GOSTVV**

Der Ausschussvorsitzende des Ausschusses für öffentliche Sicherheit hat gemäß § 49 Abs. 2 GOSTVV zu jeder ordentlichen Ausschusssitzung eine schriftliche Auflistung der umzusetzenden Beschlüsse und des jeweiligen Bearbeitungsstandes vorzulegen.

### **G Beschlussvorschlag**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.

Grantz  
Oberbürgermeister

Anlage: Sachstandsbericht

Lfd. Nr.	Beschlussdatum	Nr. und Bezeichnung der Vorlage	Beschlusslage (ggf. Frist)	Zuständigkeit (Dez./Amt)	Bearbeitungsstand	Bemerkungen
1	20.11.2020	I 34/2020 - Antrag der SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, FDP-Fraktion zum Thema „Neubau einer Wache für die Freiwillige Feuerwehr Wulsdorf“	einstimmig beschlossen	Amt 37	erledigt	Der Neubau des Gerätehauses der FF Wulsdorf wurde am 26.10.2024 eingeweiht
2	16.11.2021	I 51/2021 - Antrag der SPD-Fraktion, CDU-Fraktion und FDP-Fraktion zum Thema "Wichtige Maßnahmen für den Katastrophenschutz in der Seestadt Bremerhaven"	einstimmig zugestimmt	Amt 37	teilweise offen	Fortlaufende Berichterstattung im Rahmen der „5-Jahres-Planung“.
3	16.11.2021	I 66/2021 - Antrag der SPD-Fraktion, CDU-Fraktion und FDP-Fraktion zum Thema "Höhere Einstiegsbesoldung für die Berufsfeuerwehr"	einstimmig zugestimmt	Amt 37	erledigt	Der zwischen den Fw abgestimmte Entwurf zur Anpassung der landesrechtlichen Regelungen wurde Anfang 2023 auf Fachebene innerhalb des Geschäftsbereichs Sfl vorgestellt. Im Koalitionsvertrag für die 21. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft wurde die Einführung der Eingangsbesoldung A8 aufgenommen. Bisher keine Umsetzung. Kommunal wurde 2024 die Bündelung der Stellen A7/A8 umgesetzt.
4	08.03.2022	I 17/2022 - Ersatzbeschaffung Drehleitern mit Korb und Gelenkteil (DLK) und Abrollbehälter CBRN Umweltschutz	einstimmig beschlossen	Amt 37	erledigt	Die Drehleitern wurden am 08.11.2024 geliefert. Lieferung Abrollbehälter CBRN voraussichtlich 2. Quartal 2025.
5	14.06.2022	I 37/2022 - Umsetzung Sonderförderprogramm Sirenen, erfolgreiche Einwerbung weiterer Fördermittel durch die Ortskatastrophenschutzbehörde (Nachverdichtung städtischen Sirennetz)	einstimmig beschlossen	Amt 37	teilweise offen	Erste Stufe flächendeckendes Sirennetz ist fertiggestellt. 2. Stufe (Erweiterung auf 32 Sirenen) in der Umsetzung.
6	05.09.2022	I 55/2022 - Sachstandsbericht Projekt Telemedizin in der IRLS	Kenntnisnahme	Amt 37	offen	Laufende Berichterstattung im AÖS
7	11.12.2023	XI 14/2023 – Sachstandsbericht: Förderung Ehrenamt Freiwillige Feuerwehr - Projekt Gesundheit und Fitness Freiwillige Feuerwehren „GuFi-FF“	Kenntnisnahme	Amt 37	offen	Gemäß Vorlage XI 16/2024 Zusage einer anlassbezogenen weiteren Berichterstattung im 1. Quartal 2025.

Lfd. Nr.	Beschlussdatum	Nr. und Bezeichnung der Vorlage	Beschlusslage (ggf. Frist)	Zuständigkeit (Dez./Amt)	Bearbeitungsstand	Bemerkungen
8	11.12.2023	XI 13/2023 - Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und FDP "Koordinierungsstelle psychosoziale Beratung"	mehrheitlich beschlossen	Amt 90 & Amt 37	offen	Umsetzung kann erst erfolgen, wenn der Ortspolizeibehörde Mittel im Personalbudget hierfür zur Verfügung gestellt werden.
9	11.12.2023	I 31/2023 - Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und FDP - Einstellung eines Volljuristen / einer Volljuristin bei der Ortspolizeibehörde Bremerhaven	mehrheitlich beschlossen	Amt 90	offen	Umsetzung kann erst erfolgen, wenn der Ortspolizeibehörde Mittel im Personalbudget hierfür zur Verfügung gestellt werden.
10	11.12.2023	I 32/2023 – Antrag der Fraktionen SPD, CDU und FDP zur Ausstattung des Bürger- und Ordnungsamtes mit Bodycams	mehrheitlich beschlossen	Amt 91	offen	Der Senator für Inneres unterstützt nach der erneuten Begründung durch das Amt 91 nun eine Änderung des BremPolG und soll bei der nächsten anstehenden Novelle (voraussichtlich Frühjahr 2025) eingearbeitet werden.
11	11.12.2023	I 33/2023 – Antrag der Fraktionen SPD, CDU und FDP zum Thema Kundenfreundlichkeit durch Abholschrank im Bürgerbüro Mitte	einstimmig beschlossen	Amt 91	offen	Markterkundung; organisatorische, technische und räumliche Umsetzung/ Grundsätzlich möglich lt. STÄWOG, aber Gebäude nicht 24/7 zugänglich. Finanzielle Mittel zur Umsetzung für 2025 vorgesehen.
12	27.02.2024	KatS - I 2/2024 - Hochwasseraudit Seestadt Bremerhaven	Kenntnisnahme und einstimmig beschlossen	Amt 37	teilweise offen	Um laufende Berichterstattung zum Fortgang des Projektes im Ausschuss für öffentliche Sicherheit wurde gebeten.
13	17.09.2024	XI 11/2024 - Zukunftsfähige Organisationsanpassung der Feuerwehr	Kenntnisnahme	Amt 37	offen	Um anlassbezogene Berichterstattung zu den Ergebnissen wurde gebeten.
14		Aussprache zum Ergebnisbericht der Mitarbeitendenbefragung		Amt 90	offen	Aussprache zum Ergebnisbericht und Darstellung der ersten Maßnahmen in der Sitzung am 11.03.2025

Abgeschlossene Vorgänge werden in der nächsten Berichterstattung nicht wieder aufgeführt.

<b>Vorlage Nr. I 12/2024</b>		
für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	<b>ja</b>	Anzahl Anlagen: 0

## Stellenhebungen im Bereich Polizei

### A Problem

Nach Einführung der zweigeteilten Laufbahn im Polizeivollzugsdienst im Lande Bremen, die im Jahre 2009 vollständig umgesetzt wurde, ist die Besoldungsstruktur (Planstellen der Polizeivollzugsbeamten:innen) noch immer nicht an die entsprechenden Funktionsstellenbewertungen angeglichen. Es ergibt sich daher die dringende Notwendigkeit, die Besoldungsstruktur der Polizeien im Lande Bremen weiter anzupassen.

Die Polizei Bremen plant, wie in den vergangenen Jahren, zum nächsten einheitlichen Beförderungstermin Stellenhebungen und Beförderungen für den Polizeivollzugsdienst der Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt.

Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 2 der Haushaltssatzung der Stadt Bremerhaven für das Haushaltsjahr 2024 ist der Personal- und Organisationsausschuss ermächtigt, Stellenhebungen im laufenden Haushalt zu beschließen. Voraussetzung ist ein unabweisbarer (aus rechtlichen, vertraglichen oder anderen Gründen sachlich erforderlich) und nicht bis zum Inkrafttreten des nächsten Haushalts aufschiebbarer Bedarf sowie ein Finanzierungsvorschlag.

Auch bei der Polizei Bremerhaven bestehen weiterhin Unterdeckungen in der Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt. Um diese abzubauen und, vorbehaltlich eines rechtskräftigen Haushaltes 2025 des Landes Bremen, entsprechende Beförderungen zum nächsten einheitlichen Beförderungstermin vornehmen zu können, sollen insgesamt 16 Stellenhebungen in der obigen Laufbahngruppe vorgenommen werden. Die Hebungen teilen sich wie folgt auf:

- 5 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 9 BremBesO nach Besoldungsgruppe A 10 BremBesO,
- 8 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 10 BremBesO nach Besoldungsgruppe A 11 BremBesO,
- 3 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 11 BremBesO nach Besoldungsgruppe A 12 BremBesO

Die Anzahl der Hebungen in den einzelnen Besoldungsgruppen richtet sich nach dem Grad der Unterdeckung in den einzelnen Besoldungsstufen. Derzeit ist die höchste Unterdeckung in dem Beförderungsamte der Besoldungsgruppe A 11 BremBesO festzustellen.

Für die Stellenhebungen besteht ein unabweisbarer Bedarf, da ein Verzicht eine Ungleichbehandlung der Bremerhavener Polizist:innen gegenüber den Bremer Polizist:innen darstellen würde.

Aufgrund der Ungewissheit, wann der Haushalt 2025 für Bremerhaven und damit ein Stellenplan, der die notwendigen Stellenhebungen enthält, in Kraft tritt, kann der Haushalt 2025 nicht abgewartet werden.

Die dargestellten Stellenhebungen sind mit dem Senator für Inneres und Sport abgestimmt. Die Finanzierung ist vorbehaltlich eines rechtskräftigen Haushalts 2025 des Landes Bremen sichergestellt.

### **B Lösung**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit empfiehlt dem Personal- und Organisationsausschuss aufgrund der Ermächtigung in § 9 Abs. 1 Nr. 2 Haushaltssatzung der Stadt Bremerhaven für das Haushaltsjahr 2024 die nachfolgenden Stellenhebungen im Polizeivollzugsdienst zum laufenden Haushalt zu beschließen:

- 5 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 9 BremBesO nach Besoldungsgruppe A 10 BremBesO,
- 8 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 10 BremBesO nach Besoldungsgruppe A 11 BremBesO,
- 3 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 11 BremBesO nach Besoldungsgruppe A 12 BremBesO.
- 

### **C Alternativen**

Keine, die empfohlen werden können. Keine Stellenhebungen im Bereich der Ortspolizeibehörde Bremerhaven durchzuführen, würde von den Bremerhavener Polizeibeamt:innen als eine Schlechterstellung gegenüber den Bremer Beamt:innen wahrgenommen werden und die Besoldungsstruktur des Polizeivollzugsdienstes im Lande Bremen zwischen den beiden Polizeien unverhältnismäßig auseinanderdividieren.

### **D Auswirkungen des Beschlussvorschlags**

Nach dem Finanzausgleichsgesetz erhält die Ortspolizeibehörde eine Personalkostenzuweisung von 100% der vereinbarten Personalzielzahl. Die notwendigen Mittel für die insgesamt 16 Stellenhebungen im Polizeivollzugsdienst sind aus dieser Personalkostenzuweisung zu erwirtschaften

Genderaspekte sind nicht betroffen.

Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen bestehen nicht.

### **E Beteiligung / Abstimmung**

Eine Abstimmung mit dem Senator für Inneres und Sport ist erfolgt.

### **F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG**

Keine. / Eine Veröffentlichung nach dem BremIFG wird vorgenommen.

### **G Beschlussvorschlag**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit empfiehlt dem Personal- und Organisationsausschuss aufgrund der Ermächtigung in § 9 Abs. 1 Nr. 2 Haushaltssatzung der Stadt Bremerhaven für das Haushaltsjahr 2024 die nachfolgenden Stellenhebungen im Polizeivollzugsdienst zum laufenden Haushalt zu beschließen:

- 5 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 9 BremBesO nach Besoldungsgruppe A 10 BremBesO,
- 8 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 10 BremBesO nach Besoldungsgruppe A 11 BremBesO,
- 3 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 11 BremBesO nach Besoldungsgruppe A 12 BremBesO.

Grantz  
Oberbürgermeister

<b>Vorlage Nr. I 11/2024</b>		
für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	<b>ja</b>	Anzahl Anlagen: 1

## **Änderung der Gebühren für Maßnahmen im Straßenverkehr**

### **A Problem**

In der bundesweit geltenden Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr sind einige Gebührentatbestände mit einer Rahmengebühr versehen. Dieser Rahmen wird durch die jeweilige Kommune ausgefüllt und soll in der Regel den Verwaltungsaufwand unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse sowie möglicher wirtschaftlicher Vorteile der Inhaber von Ausnahmegenehmigungen abbilden.

Seit 2012 wurden die bundesgesetzlichen Rahmengebühren mehrfach, zuletzt im Januar 2024, neu angepasst. Für die Stadt Bremerhaven wurden die jetzigen Gebührenhöhen zuletzt am 15. Februar 2012 durch Beschluss des Magistrats (Vorlage I/27/2012) festgesetzt.

### **B Lösung**

In der beigefügten Übersicht sind die Gebührenhöhe in der gegenwärtigen Form sowie der Vorschlag für die künftige Gebührenhöhe aufgeführt.

Die neuen Gebührenhöhen berücksichtigen die Steigerung der Inflationsraten und wurden teilweise vereinheitlicht. Sie stellen im Bereich der Anordnung von Arbeitsstellen, der Aufstellung von Haltverboten sowie sonstiger Erlaubnisse bei Veranstaltungen der vertieften Prüfung und Bearbeitung durch die Straßenverkehrsbehörde aufgrund gesetzlicher Änderungen Rechnung.

Analog zum Beschluss des Ausschusses für öffentliche Sicherheit über die regelmäßige Überprüfung der Sondernutzungsgebührenordnung nach dem Bremischen Landesstraßengesetz soll dies künftig auch für die Gebühren für Maßnahmen im Straßenverkehr gelten.

Über die vorgeschlagenen Gebührenhöhen entscheidet der Magistrat.

### **C Alternativen**

Die Gebühren werden nicht verändert.

### **D Auswirkungen des Beschlussvorschlags**

Durch die Gebührenanpassung werden Mehreinnahmen in Höhe von ca. 50.000 € erwartet und tragen zur Konsolidierung des Haushalts bei.

Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen ergeben sich nicht.

Auswirkungen auf ausländische Mitbürger/innen, Menschen mit Behinderungen, besondere Belange des Sports sowie eine unmittelbare Betroffenheit einer zuständigen Stadteilkonferenz liegen nicht vor.

**E Beteiligung / Abstimmung**

Keine

**F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG**

Geeignet / Eine Veröffentlichungspflicht nach dem BremIFG besteht.

**G Beschlussvorschlag**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt die vorgeschlagenen Änderungen der Gebühren für Maßnahmen im Straßenverkehr zur Kenntnis und bittet den Magistrat um entsprechende Beschlussfassung.

Grantz  
Oberbürgermeister

Anlage: Gegenüberstellung der bisherigen und der neuen Gebühren für Maßnahmen im Straßenverkehr

**Übersicht zur Ausgestaltung des Gebührenrahmens der Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr (GebOSt) in der Straßenverkehrsbehörde (91/31) - Stand 14.11.2024**

Nummer	Gebührentatbestand	Gebühr "alt"	Gebühr "neu"	Bemerkungen
<b>1</b>	<b>Ausnahmen vom Sonntagsfahrverbot</b>			
1.1	Einzelgenehmigung	17,00 €	40,00 €	bisher 13,60 € jedes weitere Fahrzeug / neu 30,00 € Gebühr je weiteres Fahrzeug
1.2	Dauergenehmigung			
1.2.1	bis zu 1 Monat	43,50 €	50,00 €	bisher 34,80 € jedes weitere Fahrzeug / neu 40,00 € Gebühr je weiteres Fahrzeug
1.2.2	bis zu 3 Monate	88,50 €	110,00 €	bisher 70,80 € jedes weitere Fahrzeug / neu 80,00 € Gebühr je weiteres Fahrzeug
1.2.3	bis zu 6 Monate	149,50 €	180,00 €	bisher 119,60 € jedes weitere Fahrzeug / neu 140,00 € Gebühr je weiteres Fahrzeug
1.2.4	bis zu 1 Jahr	235,50 €	280,00 €	bisher 188,40 € jedes weitere Fahrzeug / neu 220,00 € Gebühr je weiteres Fahrzeug
<b>2</b>	<b>Anordnung einer Fahrtenbuchauflage nach Verkehrsverstößen</b>	51,10 €	170,00 €	
<b>3</b>	<b>Ausnahmegenehmigungen nach § 46 StVO (z.B. Pflegedienste, Handwerker, etc.)</b>	normal / in Fußgängerzone		
3.1	bis zu 2 Tagen	11,50 € / 17,00 €	20,00 €	je Fahrzeug
3.2	bis zu 14 Tagen	17,00 € / 23,00 €	30,00 €	je Fahrzeug
3.3	bis zu 1 Monat	30,00 € / 35,50 €	40,00 €	je Fahrzeug
3.4	bis zu 6 Monate	<del>58,50 € / 164,50 €</del>		entfällt
3.5	bis zu 1 Jahr	88,50 € / 294,50 €	190,00 €	bisher 80 % der Grundgebühr für jedes weitere Fahrzeug / neu 50,00€ Gebühr je weiteres Fahrzeug
<b>4</b>	<b>Parkausweise für Bewohner</b>			
4.1	Ausnahmegenehmigung Bewohner für 1 Jahr (nördl. Innenstadt)	13,50 €	20,00 €	einheitliche Gebühr, da keine Sachgründe für Unterscheidung gegeben
4.2	Ausnahmegenehmigung Bewohner für 1 Jahr (übrige Bereiche)	27,00 €		
4.3	Änderung der Ausnahmegenehmigung			
4.3.1	Kennzeichenänderung / Ersatz (nördl. Innenstadt)	11,50 €	10,00 €	einheitliche Gebühr, da keine Sachgründe für Unterscheidung gegeben
4.3.2	Kennzeichenänderung / Ersatz (übrige Bereiche)	5,00 €		
4.4	Ausnahmegenehmigungen Besucher (bis 14 Tage, nördl. Innenstadt)	6,00 €	10,00 €	einheitliche Gebühr, da keine Sachgründe für Unterscheidung gegeben
4.5	Ausnahmegenehmigungen Besucher (bis 14 Tage, übrige Bereiche)	12,00 €		
<b>5</b>	<b>Gewerbetreibende im Bewohnerparkbereich</b>			
5.1	Ausnahmegenehmigung für 1 Jahr (nördl. Innenstadt)	44,00 €	70,00 €	einheitliche Gebühr, da keine Sachgründe für Unterscheidung gegeben
5.2	Ausnahmegenehmigung für 1 Jahr (übrige Bereiche)	88,50 €		
5.3	Kennzeichenänderung / Ersatz		10,00 €	bisher nicht einheitlich festgelegt
<b>6</b>	<b>Anordnung von Arbeitsstellen für private Unternehmer</b>			
6.1	Jahresgenehmigung für Arbeitsstellen im Bereich einer 30 km/h-Zone	360,00 €	450,00 €	
6.2	Einzelmaßnahme nach Regelplan	47,00 €	70,00 €	
6.3	Einzelmaßnahme nach Verkehrslenkungsplan mit großem Aufwand	70,00 €	120,00 €	
6.4	Einzelmaßnahme nach Verkehrslenkungsplan mit erheblichem Aufwand (z.B. Besprechung im Vorfeld der Einrichtung der Arbeitsstelle)	117,00 €	230,00 €	
6.5	Einzelmaßnahme mit außergewöhnlich hohem Aufwand	-	nach Aufwand	
6.6	Erneute Anordnung bei Ergänzungen und Nachträgen	50 % der Grundanordnung	50 % der Grundanordnung	
6.7	Verlängerungen und Terminänderungen	25,00 €	30,00 €	
<b>7</b>	<b>Anordnung zum Aufstellen von mobilen Haltverboten z.B. wegen Umzug</b>			
7.1	Geltungszeitraum bis zu 2 Tage	11,00 €	20,00 €	
7.2	Geltungszeitraum bis zu 14 Tage	-	30,00 €	
7.3	Geltungszeitraum bis zu 1 Monat	30,00 €	40,00 €	
7.4	Geltungszeitraum bis zu 6 Monate	165,00 €	200,00 €	
7.5	Geltungszeitraum bis zu 1 Jahr / Jahresgenehmigung	307,00 €	450,00 €	
<b>8</b>	<b>Erteilung sonstiger Erlaubnisse nach § 29 StVO</b>			
8.1	Erlaubnis für Straßenumzüge (Karnevals-, und Laternenumzüge, Radtouristik) mit geringem Aufwand, ohne Verkehrsanordnung	23,00 €	30,00 €	
8.2	Erlaubnis für Veranstaltungen oder Straßenrennen (auch Radtouristik) mit gewöhnl. Verwaltungsaufwand, Erarbeitung einer Anordnung	149,50 €	180,00 €	
8.3	Erlaubnis für Laufveranstaltungen, Umzüge und Veranstaltungen mit Abstimmungsbedarf, Erarbeiten einer Anordnung	294,50 €	350,00 €	
8.4	Erlaubnis für Laufveranstaltungen, Umzüge und Veransth. mit außergewöhnl. hohem Verw.aufwand und Abstimmungsbedarf, Erarbeitung einer Anordnung	882,00 €	1.050,00 €	

<b>Vorlage Nr. KatS - I 10/2024</b>		
für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	<b>ja</b>	Anzahl Anlagen: 0

## Sachstandsbericht Handlungsfelder und Perspektiven im Katastrophenschutz

### A Problem

Der Katastrophenschutz in der Stadt Bremerhaven ist grundsätzlich gewährleistet und hat sich in den zurückliegenden Realereignissen und Übungen als belastbar und funktionsfähig dargestellt.

Naturgemäß sind aber aufgrund neuer Erkenntnisse und neuer Herausforderungen Anpassungsstrategien notwendig, um die Leistungsfähigkeit zu erhalten und auszubauen. Für die notwendige Anpassung des Katastrophenschutzes hat die Feuerwehr, die die Aufgaben der Ortskatastrophenschutzbehörde wahrnimmt, in der Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit am 08.09.2021 einen 5-Jahres-Plan zur Optimierung und Anpassung des Bevölkerungsschutzes vorgestellt.

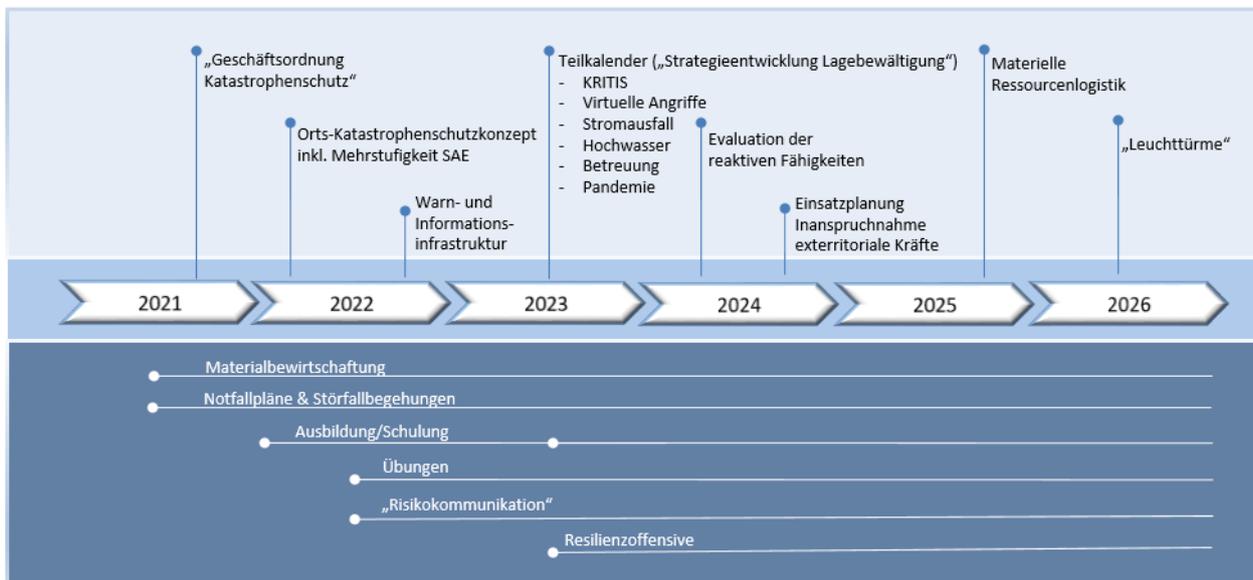


Abb1 – 5-Jahres-Plan Bevölkerungsschutz Bremerhaven

Zum Sachstand wurde um fortlaufende Berichterstattung gebeten.

### B Lösung

Hiermit erfolgt Berichterstattung über den Bearbeitungsstand der einzelnen Themenschwerpunkte des Katastrophenschutzes der Seestadt Bremerhaven.

### Katastrophenschutzordnung und Sachstand Orts- und Landeskatastrophenschutzkonzept

Kein neuer Sachstand zur Änderung der Gesetzgebung des Bremischen Hilfeleistungsgesetzes (BremHilfG). Der Prozess befindet sich weiterhin in Arbeit.

### Warn- und Informationsinfrastruktur

Kein neuer Sachstand zum weiteren Ausbau der Sirenen (2. Ausbaustufe). Die seit 2021 angestrebte Implementierung der sogenannten POCSAG-Alarmierung für Sirenen, die als notwendige redundante Auslöseinfrastruktur dient, wurde terminiert beauftragt. Der Einbau der POCSAG-Steuerempfänger durch die Fachfirma in die bestehende Sireneninfrastruktur erfolgt in Kalenderwoche 47.

### Strategische Lagebewältigung/Katastrophenschutzbereiche

Das extern beauftragte Audit „Überflutungsvorsorge“ wurde am 28.10. und 29.10.2024 unter Beteiligung von 16 Organisationen und Einrichtungen, darunter zwölf Ämter des Magistrats, durchgeführt. Zum Zeitpunkt der Fertigung dieser Vorlage liegen noch keine schriftlichen Ergebnisse vor. Die Ergebnisse werden jedoch noch in 2024 erwartet.

### Zivilschutzplanung

Kein neuer Sachstand.

### Evaluation der reaktiven Gefahrenabwehr

Die Förderzusage für die von den Entsorgungsbetrieben Bremerhaven (EBB) verantwortete Beschaffung eines Mobildeichsystems liegt vor. Die Feuerwehr unterstützt die EBB bei der Realisierung der Maßnahme.

Im Berichtszeitraum wurde folgendes Material für den Zivil- und Katastrophenschutz beschafft:

- Wathosen für Katastrophenschutzkräfte der Seestadt Bremerhaven und Rettungswesten für zu evakuierende Bürgerinnen und Bürger (als Ergebnis der Katastrophenschutzübung Sommer 2024)
- Beleuchtungsmaterial für Notfallkontaktpunkte (z. B. um bei Nacht/Stromausfall die Anlaufstelle in der Altonaer Straße optimal kenntlich zu machen)
- 15.000 l Trinkwassernotversorgungsbehälter mit Druckerhöhungsanlage (gefördert mit 277.358 € durch das Bundesministerium des Innern und für Heimat)
- Funkgeräte
- Material für Betreuung

Dadurch wurde die reaktive Gefahrenabwehrfähigkeit des städtischen Zivil- und Katastrophenschutzes umfangreich erweitert.

Der Abholtermin für den 700 kVa-Notstromerzeuger wurde auf einen voraussichtlichen Zeitpunkt Anfang Dezember 2024 festgelegt. Die Abholung erfolgt durch Vertreter der Feuerwehr, des Technischen Hilfswerks (THW) sowie von Wesernetz, da mit der Abholung eine Einweisung in das Aggregat einhergeht.

### Einsatzplanung Inanspruchnahme exterritoriale Kräfte

Am 23.11.2024 findet eine Kolonnen- und Verlegeübung der Medizinischen Taskforce 4 (MTF 4) statt. Hierbei nehmen die zur MTF 4 gehörenden Einheiten aus Bremen und Bremerhaven teil. Die Übung steht unter der Leitung vom Senators für Inneres und Sport (Ref. 35).

### Materielle Ressourcenlogistik

Die Platzbedarfe für eine geeignete Lagerstätte zur Unterbringung von Katastrophenschutzmaterialien sowie räumlichen Platzbedarfe der Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) sind unverändert. Kein neuer Sachstand zu den vorhergehenden Vorlagen.

### Katastrophenschutz-Leuchttürme

Die Feuerwehr hat an einer wissenschaftlichen Erhebung zum Ausbaustand und Bedarfsermittlung sowie einer Best-Practice-Identifikation von kommunalen Anstrengungen

zum Aufbau von Katastrophenschutzleuchttürmen teilgenommen. Das Interview wurde im Auftrag vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) vom Team HF (Human Factors Forschung Beratung Training PartG) durchgeführt. Unter anderem resultierte hieraus die Kennzeichnung der Bremerhavener Notfallkontaktpunkte in Anlehnung an ein länderübergreifendes Design. Hierdurch erfahren auch ortsfremde Bürgerinnen und Bürger im besten Fall eine Wiedererkennung der Hinweisschilder, sofern diese auch in der Heimat verwendet werden.

#### Notfallpläne und Störfallinspektionen/Störfallbetriebe

Aufgrund von personellen Ausfällen musste die Teilnahme einer geplanten Störfallinspektion im November seitens der Feuerwehr abgesagt werden. Die Inspektion fand ohne Teilnahme der Feuerwehr statt.

#### Ausbildung, Schulung, Übung

Für die von 2024 auf 2025 verschobene erste Vertiefungsschulung wurden die notwendigen Finanzmittel entsprechend im Haushaltsaufstellungsverfahren angezeigt. Die Vertiefungsschulung, welche an die Teilnehmenden der bisherigen Grundlagenschulungen aus 2022 und 2023 adressiert ist, soll tiefgehendes Wissen zur Ereignisbewältigung, Krisenorganisation und Bereichsplanung gem. Katastrophenschutzordnung (vgl. Vorlage Nr. I 59/2022) vermitteln.

Im Dezember beginnt ein berufsbegleitender Rettungssanitäterlehrgang, welcher konkret an Bremerhavener Katastrophenschutzeinheiten adressiert ist. Dieser Lehrgang ist so konzipiert, dass die ehrenamtlichen Einsatzkräfte die Qualifikation über mehrere Monate in ihrer Freizeit erlangen können. Dadurch, dass sich die Einsatzkräfte dazu verpflichten, mind. fünf Jahre im Bremerhavener Katastrophenschutz mitzuwirken, werden ein Teil der Lehrgangskosten übernommen (vgl. Vorlage KatS - I 3/2024). Die angebotenen fünf verfügbaren Plätze waren nach kurzer Zeit ausgebucht. Im nächsten Jahr sollen weitere fünf Plätze angeboten werden. Die Trennung auf jährlich fünf Plätze war mit der Reduzierung des ursprünglich geplanten Doppelhaushalts auf den Ein-Jahreshaushalt notwendig.

Über Bundesmittel ist es gelungen, dass in 2024 vier Einsatzkräfte des Bevölkerungsschutzes einen LKW-Führerschein machen konnten. Diese Qualifizierungen stellen sicher, dass im Einsatzfall ausreichende Personalressourcen zur Verfügung stehen, um die Großfahrzeuge unverzüglich an die Einsatzstellen zu fahren. So stellt die Maßnahme eine wichtige Verstärkung der Katastrophenschutzkapazitäten dar.

#### Risikokommunikation und Resilienzoffensive

Aufklärungsarbeit über die Bedeutung des Notläutens, Warn-Apps und Sirensignale wird aktuell in Zusammenarbeit mit den Kirchen in Bremerhaven geleistet. In der Christuskirche hat eine erste Gottesdienstbegleitung stattgefunden. Hier wurden die Kirchenbesucherinnen und -besucher u. a. mittels eines RollUp-Banners informiert. Auch der Kirchenvorstand wurde entsprechend informiert und kann zukünftig selbsttätig über das Notläuten und die Warn-Apps Auskunft geben.

Die Feuerwehr hat die Informationsveranstaltung „Im besten Alter“, organisiert durch das Netzwerks Digitalambulanzen, die Stabsstelle für Seniorinnen und Senioren und die Stadtbibliothek Bremerhaven, am 05.09.2024 begleitet und die Besucherinnen und Besucher über Warnsignale, Apps und Verhaltensempfehlungen aufgeklärt.

Am 12.09.2024 fand der bundesweite #Warntag statt. Die Stadt Bremerhaven hat erfolgreich den gesamten Warnmittelmix ausgelöst.

#### **C Alternativen**

Keine, die empfohlen werden kann.

**D Auswirkungen des Beschlussvorschlags**

Der Beschlussvorschlag hat keine unmittelbaren weiteren personalwirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen. Anhaltspunkte für Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen oder eine Genderrelevanz bestehen nicht. Besondere Belange von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, Menschen mit Behinderung oder des Sports sind nicht betroffen.

**E Beteiligung/Abstimmung**

Keine.

**F Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem BremIFG**

Gegen eine Veröffentlichung nach dem BremIFG bestehen keine Bedenken.

**G Beschlussvorschlag**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Grantz  
Oberbürgermeister

<b>Vorlage Nr. XI 19/2024</b>		
für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	<b>ja</b>	Anzahl Anlagen: 0

## **PEN-Team Prävention und Einsatznachsorge bei der Feuerwehr Bremerhaven**

### **A Problem**

Die Arbeit von Berufsfeuerwehren und Freiwilligen Feuerwehren in der Gefahrenabwehr sowie im Katastrophenschutz konfrontiert die Einsatzkräfte in einem erheblichen Maße mit belastenden Ereignissen, wie zum Beispiel schwerwiegenden Verletzungen und Todesfällen von Personen und zeitgleich menschliche Ausnahmezustände von Betroffenen. Zusätzlich kann in Einsätzen eine Gefährdung des eigenen Lebens nicht ausgeschlossen werden. Alle weiteren stressauslösenden Faktoren, ob privat oder dienstlich, haben direkten Einfluss auf die Leistungsfähigkeit einer Einsatzkraft und somit auch auf den laufenden Dienstbetrieb. Um langfristige Dienstausfälle zu minimieren bzw. die Ursachen ggfs. direkter zu kanalisieren, wurde die Integration einer präventiven Einsatznachsorge erforderlich.

### **B Lösung**

Bei der Feuerwehr wird ein PEN-Team für die Präventions- und Einsatznachsorge vorgehalten. Das PEN-Team ist ein Angebot an alle Angehörigen der Berufsfeuerwehr und den Freiwilligen Feuerwehren in Bremerhaven. Ziel ist die Sicherstellung einer Nachsorge für alle Einsatzkräfte. Dabei gibt es Gesprächsangebote durch die Mitwirkenden des PEN-Teams, aber auch weiterführende Angebote durch gezielte Therapiestellen. Das PEN-Team dient hierbei als erste kompetente Anlaufstation für die betroffene Person und wird bei Bedarf ein Angebot für fachliche Stellen unterbreiten, um kurzfristige Hilfe zu generieren. Das Angebot umfasst zukünftig präventive Schulungen, Einzelgespräche, Gruppengespräche und Akutintervention nach schweren Einsätzen für die Einsatzkräfte. Das PEN-Team besteht zurzeit aus sieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Feuerwehr und wird durch zwei Supervisorinnen (psychosoziale Fachkräfte) auf Honorarbasis begleitet.

### **C Alternativen**

Keine.

### **D Auswirkungen des Beschlussvorschlages**

Finanzielle Auswirkungen sind derzeit noch nicht abschließend darstellbar. Aus den Haushaltsmitteln der Akademie wurden für die Ersts Schulungen einmalig Mittel in Höhe von insgesamt 20.000 € verwendet.

Es ergeben sich gegenwärtig keine Anhaltspunkte für klimaschutzzielrelevante Auswirkungen. Das Ergebnis der Gender-Prüfung hat ergeben, dass die Vorlage keine Auswirkungen mit Genderrelevanz hat. Besonders Belange von ausländischen Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderung oder des Sports sind nicht betroffen. Eine besondere örtliche Betroffenheit eines Stadtteils kann nicht festgestellt werden

**E Beteiligung/Abstimmung**

Keine.

**F Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem BremIFG**

Gegen eine Veröffentlichung nach dem BremIFG bestehen keine Bedenken.

**G Beschlussvorschlag**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Skusa  
Stadtrat

<b>Vorlage Nr. XI 20/2024</b>		
für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	<b>ja</b>	Anzahl Anlagen: 0

### **Ersatzbeschaffung einer Drohne für die Freiwillige Feuerwehr Wulsdorf (Fachzug Drohnenstaffel)**

#### **A Problem**

Die Feuerwehr Bremerhaven hat zur Erfüllung der Aufgaben in der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr im März 2023 eine Drohnenstaffel bei der Freiwilligen Feuerwehr Wulsdorf etabliert.

Die Übertragung von Bildern aus der Luft mittels Kamera und Wärmebildkamera ermöglicht eine erweiterte Lageerkundung und somit einen direkten Einfluss auf die notwendige Einsatztaktik zur Abarbeitung der Gefahrenlage.

Seit Indienststellung der Drohnenstaffel wurden diverse Einsätze erfolgreich mit der Drohnenstaffel durchgeführt. Darüber hinaus wurde die Drohnenstaffel erstmalig bei der Großveranstaltung maritime Tage eingesetzt. Dabei lag der Fokus darauf, hilfebedürftigen Personen eine schnelle Zuführung von Rettungsmitteln, auch in überfüllten und für Rettungswagen schwer zugänglichen Bereichen im Veranstaltungsraum, zu gewährleisten.

Im Rahmen einer Evaluation der geleisteten Einsätze durch den Fachbereich Einsatz & Technik der Feuerwehr konnten allerdings Einschränkungen der Leistungsfähigkeit der angeschafften Drohnen festgestellt werden. Die Bildqualität der Wärmebildkamera wurde in Einsätzen, gerade in der Nacht als verbesserungswürdig angesehen. Darüber hinaus besteht der Bedarf eine Drohne einzusetzen, die bessere Leistungen bei starken Wind und Regen aufweist.

In der Praxis zeigte sich, dass die vorhandene Drohne sowohl bei Einsätzen zur Personensuche in der Weser aber auch bei den unterschiedlichen Windgeschwindigkeiten an Gebäuden im Bereich der Havenwelten ihre Leistungsgrenze erreicht.

#### **B Lösung**

Mit den geänderten Anforderungen an eine neue Drohne wurde ein fachlicher Austausch mit anderen Feuerwehren, der Bundeswehr und dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) in Bremerhaven durchgeführt.

Als Ergebnis konnte eine Drohne (DJI Matrice RTK) beschafft werden, die den Stand der Technik und den Anforderungen nach der internen Evaluation sicherstellt.

Die bereits bei der FF Wulsdorf im Einsatzdienst genutzte Drohne verbleibt bei der Drohnenstaffel und ist als Redundanz, respektive Übungsdrohne zur Aufrechterhaltung der Drohnenpilotenkompetenz vorgesehen.

#### **C Alternativen**

Keine.

#### **D Auswirkungen des Beschlussvorschlages**

Es ergeben sich gegenwärtig keine personalwirtschaftlichen Auswirkungen. Die Finanzierung der Drohne wurde über den Haushalt der Feuerwehr sichergestellt. Es ergeben sich gegenwärtig keine Anhaltspunkte für klimaschutzzielrelevante Auswirkungen. Das Ergebnis der Gender-Prüfung hat ergeben, dass die Vorlage keine Auswirkungen mit Genderrelevanz hat. Besonders Belange von ausländischen Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderung oder des Sports sind nicht betroffen. Eine besondere örtliche Betroffenheit eines Stadtteils kann nicht festgestellt werden.

#### **E Beteiligung/Abstimmung**

Keine.

#### **F Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem BremIFG**

Gegen eine Veröffentlichung nach dem BremIFG bestehen keine Bedenken.

#### **G Beschlussvorschlag**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Skusa  
Stadtrat

<b>Vorlage Nr. XI 21/2024</b>		
für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	<b>ja</b>	Anzahl Anlagen: 0

## Sachstandsbericht zur Feuer- und Rettungswache Überseehafen

### A Problem

Mit der Vorlage XI 17/2024 erfolgte im September der letzte Sachstandsbericht zur Bauleitplanung und dem hochbaulichen Realisierungswettbewerb für den Neubau einer Feuer- und Rettungswache im Stadtbremischen Überseehafengebiet.

### B Lösung

Nach dem das Oberlandesgericht Bremen gegenüber der Vergabeentscheidung aus dem Architektenwettbewerb Bedenken geäußert hatte, konnte im weiteren Verlauf mit dem beschwerdeführenden Erstplatzierten eine außergerichtliche Einigung getroffen werden. Mit dem zweitplatzierten Büro BTAD (Buddenberg Tauchmann Architekten Düsseldorf) ist infolgedessen der Architektenvertrag für die weitere Hochbauplanung abgeschlossen worden. Ein erstes Auftaktgespräch mit BTAD, Seestadt Immobilien und der Feuerwehr hat bereits stattgefunden.

Für das noch ausstehende Bauleitplanverfahren in 2025 werden nun die stadtplanerischen bzw. naturschutzrechtlichen Maßnahmen mit der Hochbauplanung abgeglichen, sodass bis Ende 2025 mit einem qualifizierten Bebauungsplan für das geplante Grundstück gerechnet wird. Zeitgleich soll bis Mitte 2025 die Baugenehmigungsplanung soweit vorbereitet werden, dass ein Bauantrag noch während des laufenden Bebauungsplanverfahren eingereicht werden kann. Vorbehaltlich eines gültigen Bebauungsplanes sowie einer erteilten Baugenehmigung wird derzeit mit Baubeginn in 2026 gerechnet, so dass frühestens eine Inbetriebnahme der Feuer- und Rettungswache in 2028 realistisch erscheint.

### C Alternativen

Keine.

### D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Der Beschlussvorschlag hat zunächst keine personalwirtschaftlichen Auswirkungen. Finanzielle Auswirkungen sind derzeit in der Abstimmung und deshalb noch nicht genau bezifferbar. Die derzeitigen Kostenschätzungen für Bauwerk und technische Gebäudeausstattung belaufen sich auf 9 Mio. Euro netto. Der Bremerhavener Anteil der Baukosten ist durch eine Verpflichtungsermächtigung aus dem Jahr 2023 gesichert.

Des Weiteren ist noch die vertragliche Regelung zur Grundstücksüberlassung und den Finanzierungsanteilen der Stadt Bremen (37,5 %) erforderlich, die im Vorfeld in einer Absichtserklärung festgehalten wurden. Abschließend soll dazu im Rahmen einer Nebenabrede zum bestehenden Hafenvertrag noch eine rechtswirksame Vereinbarung geschaffen werden.

Die Finanzierung der Bauleitplanung ist über Seestadt Immobilien sichergestellt. Anhaltspunkte für klimaschutzzielrelevante Auswirkungen oder eine Genderrelevanz bestehen nicht. Besondere Belange von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, Menschen mit Behinderung oder des Sports sind nicht betroffen. Eine örtliche Betroffenheit ist aufgrund der mit der Maßnahme verbundenen Verbesserung der Hilfsfristen insbesondere für die nördlichen Stadtteile festzustellen.

**E Beteiligung/Abstimmung**

Seestadt Immobilien.

**F Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem BremIFG**

Gegen eine Veröffentlichung nach dem BremIFG bestehen keine Bedenken.

**G Beschlussvorschlag**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Skusa  
Stadtrat

<b>Vorlage Nr. XI 22/2024</b>		
für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	<b>ja</b>	Anzahl Anlagen: 0

## **Sachstandsbericht – Themen mit Bezug zur Integrierten Regionalleitstelle Unterwese-Elbe (IRLS)**

### **A Problem**

In vorangegangenen Vorlagen (zuletzt XI 14/2024) wurde über verschiedene Sachverhalte berichtet, die im Zusammenhang mit der Integrierten Regionalleitstelle Unterwese-Elbe (IRLS) bearbeitet werden und die Informationscharakter aufweisen. Es wurde zugesagt, fortlaufend über diese Themen zu berichten.

### **B Lösung**

#### **Sachstand Entwicklung Einsatzzahlen und Gutachten**

In der Vorlage XI 14/2024 wurde berichtet, dass zunächst vier Stellen ausgeschrieben können, sobald der Haushalt freigegeben ist (2x Disponent:innen, 1x Lagedienst, 1x Datenversorgung IRLS). Bis zum jetzigen Zeitpunkt konnten die Stellenausschreibungen für die Disponent:innen und Datenversorgung auf den Weg gebracht werden. Die Stellenausschreibung „Lagedienst“ befindet sich in der Abstimmung zwischen den Ämtern 37 und 11. Die Besetzungen der Stellen sind dringend erforderlich. An einer schnellstmöglichen Umsetzung wird gearbeitet.

Der in der Vorlage XI 14/2024 ausgeführte Sachverhalt zum Raumbedarf der IRLS wird separat in der Vorlage XI 24/2024 (Sicherstellung dringend notwendiger Raumbedarfe der Integrierten Regionalleitstelle Unterweser-Elbe (IRLS)) ausgeführt.

#### **Sachstand Projekt Telenotfallmedizin/Telenotarzt**

Die in der Vorlage XI 14/2024 angesprochene landesweite (nds.) Interessensabfrage (Interesse und Eignung) wurde fristgerecht an das nds. Ministerium für Inneres und Sport zurückgesendet. Inzwischen liegt die angekündigte, darauf aufbauende Abfrage vor und wird bearbeitet. Hintergrund ist die Festlegung der niedersächsischen „TNA-Standorte“ (TNA = Telenotarzt). Die beiden Leitstellen in Goslar und Hannover scheinen als erste nds. TNA-Standorte gesetzt zu sein.

Parallel finden Gespräche zwischen der Feuerwehr Bremerhaven und Feuerwehr Bremen statt. Hintergrund ist, dass sich die Feuerwehr Bremen mit ihrer Feuerwehr- und Rettungsleitstelle (FRLSt) bereits in einer TNA-Kooperation mit der Feuerwehreinsatz- und Rettungsleitstelle Goslar befindet. Es wird im Konkreten geprüft, ob eine zeitnahe Kopplung an diese Kooperation für die IRLS möglich ist.

Der Aufbau bzw. die Ertüchtigung zum TNA-Standort wird Kosten verursachen, die derzeit noch nicht zu beziffern sind. Diese Thematik wird bei den anstehenden Gesprächen mit den bremischen Kostenträgern Ende November 2024 angesprochen werden.

#### **Sachstand Projekt A-KTW**

Im Rahmen der Experimentierklausel des BremHilfG wurde das Projekt „A-KTW“ im Bremerhavener Krankentransport für den Zeitraum vom 01.04.2023 bis 31.03.2025 genehmigt. Aufgrund der positiven Erfahrungen des Projektes (vgl. auch Vorlage XI 07/2024 und XI 14/2024)

wurde die Verlängerung der Maßnahme beim Senator für Inneres beantragt. Ziel ist die dauerhafte Umsetzung des A-KTW im Krankentransport der Stadt Bremerhaven.

### **Sachstand Ausschreibung „Ersatzbeschaffung Funk- und Notrufabfragetechnik – neues Kommunikations-Management-System (KMS)“**

#### Technik

Die Beauftragung des neuen Kommunikations-Management-Systems erfolgte nach vorangegangenen Bietergesprächen im Oktober 2024, Auftragnehmer ist die Firma Frequentis. Die erforderliche Schnittstelle zum Einsatzleitreechner wurde aus wirtschaftlichen Gründen separat beauftragt.

#### Mobiliar

Die Erneuerung des Leitstellenmobiliars, das mit der Erneuerung der Technik (KMS) einhergeht, erfolgte in einem separaten Vergabeverfahren. Aufgrund des wirtschaftlicheren Angebotes hat die Fa. Objekt und Design den Zuschlag erhalten.

### **C Alternativen**

Keine, die empfohlen werden kann.

### **D Auswirkungen des Beschlussvorschlags**

Mit der Beauftragung der Organisationsuntersuchung und des daraus folgenden Personalbemessungsgutachtens ergeben sich finanzielle Auswirkungen, die über den Wirtschaftsbetrieb Rettungsdienst abgerechnet und im Weiteren anteilig von dem Haushalt der Feuerwehr getragen werden. Personalwirtschaftliche und weitere finanzielle Auswirkungen (z. B. technische Maßnahmen etc.) können die Ergebnisse der Untersuchung und des Gutachtens und die daraus umzusetzenden Maßnahmen verursachen. Konkrete Kosten können derzeit noch nicht quantifiziert werden.

Mit der Beschaffung des neuen Kommunikations-Management-Systems (KMS) ergeben sich finanzielle Auswirkungen, die über den Wirtschaftsbetrieb Rettungsdienst abgerechnet und im Weiteren anteilig von dem Haushalt der Feuerwehr getragen werden. Die Gesamtkosten der Beauftragung des Angebotes der Fa. Frequentis zur Erneuerung des KMS betragen rund 1.640.000 € (inkl. 19 % MwSt.). Die Kosten der Beauftragung der Schnittstelle zum Einsatzleitreechner (iSE) betragen rund 160.000 € (inkl. 19 % MwSt.). Die Kosten der Beauftragung des Angebotes der Fa. Objekt und Design betragen rund 327.000 € (inkl. 19 % MwSt.).

Mit der Umsetzung der Einführung eines A-KTW haben sich keine finanziellen Auswirkungen für den städtischen Haushalt ergeben, da die entstandenen Kosten zur Erweiterung der technischen Ausstattung über den Wirtschaftsbetrieb Rettungsdienst abgerechnet und im Weiteren von den Kostenträgern getragen werden.

Es ergeben sich gegenwärtig keine Anhaltspunkte für klimaschutzzielrelevante Auswirkungen. Eine Genderrelevanz besteht nicht. Besonders Belange von ausländischen Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderung oder des Sports sind nicht betroffen. Eine besondere örtliche Betroffenheit eines Stadtteils kann nicht festgestellt werden.

### **E Beteiligung/Abstimmung**

Keine.

### **F Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem BremIFG**

Gegen eine Veröffentlichung nach dem BremIFG bestehen keine Bedenken.

### **G Beschlussvorschlag**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstand zur Kenntnis.

Skusa  
Stadtrat

<b>Vorlage Nr. XI 24/2024</b>		
für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	<b>ja</b>	Anzahl Anlagen: 0

## **Sicherstellung dringend notwendiger Raumbedarfe der Integrierten Regionalleitstelle Unterweser-Eibe (IRLS)**

### **A Problem**

Das in 2023 beauftragte Leitstellengutachten liegt mit Stand 26.03.2024 in der Endfassung vor. Bereits in der Entwurfsfassung wurde der erforderliche Flächenbedarf von insgesamt 950 m<sup>2</sup> für die IRLS aufgezeigt, wovon 550 m<sup>2</sup> bereits in den Räumen der Zentralen Feuerwache sichergestellt werden können (vgl. Vorlage XI 3/2024). Es besteht ein zusätzlicher Raumbedarf von 400 m<sup>2</sup>.

Zurückliegend wurden mit dem Wirtschaftsbetrieb Seestadt Immobilien (WSI) u. a. die Anmietung von Containermodulen als Übergangslösung sowie die Nutzung von Bestandsgebäuden im Stadtgebiet hinsichtlich der Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit geprüft. Die Nutzung von Büroräumlichkeiten einer städtisch angemieteten Liegenschaft wurde ebenfalls beleuchtet und damit einhergehenden personelle, organisatorische und technische Maßnahmen für eine Umsetzung im 1. Quartal 2025 erarbeitet. Aktuell stehen diese Räumlichkeiten jedoch frühestens Ende 2025 zur Verfügung. Der notwendige Raumbedarf kann jedoch bis dahin nicht zurückgestellt werden.

### **B Lösung**

Aufgrund der Dringlichkeit des Raumbedarfes wurden weitere Alternativen auf der ZFW eruiert. Hierbei wurden unter Hinnahme verschiedener Kompromisse zeitnah umsetzbare Lösungsmöglichkeiten erarbeitet. Die Kompromisse beziehen sich u. a. darauf, dass die Bedarfe aus dem Gutachten nicht vollumfänglich abgebildet werden (u. a. im Bereich Besprechungsraum und zusammenhängende (Büro-)Arbeitsplätze). Dadurch kann der Akutbedarf zunächst und vorübergehend auf ca. 200 m<sup>2</sup> reduziert werden. Büros werden zur Mehrfachnutzung umfunktioniert; Umkleide- und Ruheräume werden zum Teil verschoben/verlagert. Auf diese Weise können die Akutbedarfe abgebildet werden. Diese Einschränkung des Bedarfs ist temporär hinnehmbar. Mit dem Bau und Bezug der Feuer- und Rettungswache Überseehafen wird mit einer Entlastung gerechnet, sodass dann die vollständigen Raumbedarfe für die IRLS umgesetzt werden können.

### **C Alternativen**

Keine, die empfohlen werden können.

### **D Auswirkungen des Beschlussvorschlags**

Es ergeben sich gegenwärtig keine personalwirtschaftlichen Auswirkungen.

Die entstehenden Kosten werden durch den Wirtschaftsbetrieb Rettungsdienst getragen, da die durch die IRLS genutzten Flächen mittels Mietvertrag abgerechnet werden.

Es ergeben sich gegenwärtig keine Anhaltspunkte für klimaschutzzielrelevante Auswirkungen.

Das Ergebnis der Gender-Prüfung hat ergeben, dass die Vorlage keine Auswirkungen mit Genderrelevanz hat.

Besonders Belange von ausländischen Mitbürger und Mitbürgerinnen, Menschen mit Behinderung oder des Sports sind nicht betroffen.

Eine besondere örtliche Betroffenheit eines Stadtteils kann nicht festgestellt werden.

#### **E Beteiligung/Abstimmung**

Keine.

#### **F Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem BremIFG**

Gegen eine Veröffentlichung nach dem BremIFG bestehen keine Bedenken.

#### **G Beschlussvorschlag**

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Skusa  
Stadtrat